



Protokoll

4. Sitzung des Gemeinderates Montag, 5. September 2022, 19:00 Uhr bis 21:17 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 111/2022 der Primarschulpflege: Projekt "Tagesschule", Kreditabrechnung
- 4 Weisung 10/2022 des Stadtrates: Entwicklung Zeughausareal, Phase 5 - Leitbild sowie Architekturwettbewerb, Projektabrechnung
- 5 Weisung 4/2022 des Stadtrates: Verordnung für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG
- 6 Weisung 5/2022 des Stadtrates: Energie Uster, AG Geschäftsbericht 2021
- 7 Postulat 655/2021 von Patricio Frei (Grüne) und Andreas Pauling (Grünliberale): "Pensionskassengelder der Mitarbeitenden der Energie Uster AG nachhaltig investieren"
- 8 Postulat 644/2021 von Natalie Lengacher (Grüne), Ivo Koller (Grünliberale) und Patricio Frei (Grüne): Autofreies Stadtzentrum im Sommer 2021
- 9 Postulat 658/2021 der Grünliberale/EVP-Fraktion: «Mehr Tempo 30-Zonen in Wohnquartieren!»
- 10 Postulat 663/2021 (statt Motion, Umwandlung) von Natalie Lengacher (Grüne), Marco Ghelfi (Grüne) und Patricio Frei (Grüne): "Mehr preisgünstiger Wohnraum in Uster"
- 11 Postulat 501/2022 von Andrea Grob (FDP), Jürg Krauer (FDP) und Gianluca Di Modica (FDP): Operative Umsetzung der Altersstrategie "Ambulant vor Stationär"
- 12 Kenntnisnahmen

Präsenz

| | |
|--------------|--|
| Vorsitz | Jürg Krauer (FDP), Präsident |
| Protokoll | Daniel Reuter, Ratsschreiber |
| Anwesend | 34 Ratsmitglieder |
| Stadtrat | Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Pascal Sidler, Stadtschreiber |
| Entschuldigt | Karin Niedermann (SP), Stimmzählerin Paul Stopper (BPU) Stadträtin Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales |
| Presse | David Marti, AvU |

Der Präsident begrüsst die Zuschauer, insbesondere Bürgerrechtsbewerberinnen und –bewerber, auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

Änderung Tagesordnung

Der Ratspräsident hat TOP 5, Weisung 4/2022, von der Tagesordnung abgesetzt.

Ersatzwahl ad hoc für Stimmzählerin Karin Niedermann (SP)

Es wird vorgeschlagen und gewählt: Balthasar Thalmann (SP).

1 Mitteilungen

Präsident Jürg Krauer (FDP): *Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass Ludi Fuchs, geboren am 22. Oktober 1952, am 1. September 2022 verstorben ist. Er hat von 1978 bis 1986 die SP im Gemeinderat und von 1986 bis 1994 im Stadtrat vertreten. Dort wirkte er als Abteilungsvorsteher Tiefbau. Dem Kantonsrat gehörte er von 1987 bis 1991 an. Und er war von 2000 bis 2021 Mitglied des Bezirksrats Uster.*

Ich muss Ihnen leider weiter mitteilen, dass Rolf Graf, geboren am 10. Mai 1954, am 28. August 2022 verstorben ist. Er war von 1998 bis 2011 für die SP im Gemeinderat und eröffnete 2010 als amtsältestes Mitglied eine neue Amtsdauer. Von 1998 bis 2021 war er in der Rechnungsprüfungskommission, davon bis 2007 als deren Vizepräsident und ab 2008 als deren Präsident. Zudem war er von 2002 bis 2005 Mitglied der Bürgerrechtskommission und von 2006 bis 2009 Mitglied der Spezialkommission „Totalrevision Gemeindeordnung“ sowie ab 2002 auch Präsident der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit.

Wir entbieten beiden Trauerfamilien, insbesondere unserer ehemaligen Ratskollegin Eveline Fuchs, unser herzliches Beileid. Wir erheben uns zum Gedenken an die beiden Verstorbenen von unseren Plätzen. (Stilles Gedenken im Ratssaal)

Ivo Koller (Grünliberale) hat auf den 30. September 2022 seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat erklärt. Seine Amtstätigkeit wird an der Ratssitzung vom 26. September 2022 gewürdigt.

Das XXIII. Ratsherren-Schiessen hat am Montag, 18. Juli 2022 in der Stadt Zürich stattgefunden (vergleiche Seite 76).

Unter den Ratsgruppen hat die Gruppe „Gemeinderat Uster 1“, bestehend aus Markus Ehrensperger (SVP), Jürg Krauer (FDP), Benjamin Streit (SVP) und Ueli Schmid (Die Mitte) den 38. Rang von insgesamt 131 erreicht. Die Gruppe „Gemeinderat Uster 2“, bestehend aus Matthias Bickel (FDP), Isabel Eigenmann (Die Mitte), Andrea Grob (FDP) und Marc Thalmann (FDP) erreichte Rang 69.

Etwas abgeschlagen erreichte die Gruppe „Stadtrat Uster“, bestehend aus Karin Fehr Thoma, Stefan Feldmann und Stadtpräsidentin Barbara Thalmann sowie verstärkt mit Gemeindepräsident Carlo Hächler (Hittnau), den 129. Rang.

Für die Delegationen aus Uster besteht Gelegenheit für eine Revanche am kommenden Ustertag-Schiessen.

Bis Ende der heutigen Ratssitzung nimmt der Parlamentsdienst Ihre Anmeldung für den Ratsausflug vom kommenden Samstag noch entgegen.

Für den Greifensee-Lauf, der am 17. September 2022 stattfinden wird, haben sich aus dem Gemeinderat und dem Stadtrat erst fünf Personen angemeldet. Die „Sportfraktion“ freut sich auf weitere Anmeldungen.

Fraktionserklärungen

Für die Grüne-Fraktion verliest **Natalie Lengacher (Grüne)** folgende Fraktionserklärung: *Die provisorische Spitalplanung 2023, welche die Gesundheitsdirektorin im März 2022 vorstellte, hiess für das Spital Uster und für die ganze Region vom Oberen Glatttal und dem Zürcher Oberland nichts Gutes. Nichts weniger als unser Spital, unsere Gesundheitsversorgung stand auf dem Spiel.*

Jetzt wir alle haben am vergangenen Donnerstag die „frohe Botschaft“ des Regierungsrats gehört: Das Spital Uster erhält sämtliche Leistungsaufträge definitiv zugeteilt. Damit kann das Spital Uster seine Arbeit in Ruhe fortsetzen und seine wirtschaftliche Stabilität weiter verbessern. Auch wenn das Spital in Zukunft mehr ambulante Leistungen erbringen soll, sind wir froh, weiterhin auf die Notfallaufnahmen und die stationären Behandlungen zählen zu dürfen. Gerade auch die Altersmedizin und die Palliative Care, in die das Spital Uster verstärkt investieren wird, funktionieren nur mit einem Notfallspital zusammen.

Für den Erhalt des Spitals Usters haben zahlreiche Argumente gesprochen. Das hat auch der Regierungsrat eingesehen. Das Spital Uster mit seinen rund 10'000 stationären Patientinnen und Patienten im 2021 zählt zu den mittelgrossen Spitälern im Kanton Zürich. Wäre das Spital Uster weggefallen, wäre eine beträchtliche Versorgungslücke entstanden. Die umliegenden Spitäler wären schlicht nicht in der Lage gewesen, diese Lücke zu kompensieren. Auch die integrierte wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist nur dank einer engen Vernetzung mit den Haus- und Spezialärzten und Spitalärztinnen, Pflegeheimen und Spitexen in der Region möglich. Und auch da leistet das Spital Uster sehr gute Arbeit.

Ende Mai haben wir alle hier im Gemeinderat die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli dazu aufgefordert, dem Regierungsrat die definitive und unbefristete Aufnahme des Spitals Uster in die Spitalliste Akutsomatik 2023 zu beantragen. Unsere Stimmen wurden gehört. Wir Grüne danken der Bevölkerung, den Fachverbänden, Parteien und insbesondere auch der Spitalleitung und dem Stadtrat, dass sie sich in den letzten Monaten so dezidiert für den Erhalt des Spitals Uster eingesetzt haben. Es hat sich definitiv gelohnt!

Für die SP-Fraktion verliest **Angelika Zarotti (SP)** folgende Fraktionserklärung: *Letzte Woche konnte man in den Medien lesen, der Regierungsrat hat entschieden, dem Spital Uster per 1. Januar 2023 den definitiven und unbefristeten Leistungsauftrag zu erteilen.*

Die SP ist über diesen Entscheid sehr erleichtert. Wir alle hier im Saal wissen, was dies für Uster heisst und wir alle kennen die Tatsachen, weshalb der Regierungsrat den unbefristeten Leistungsauftrag erst jetzt erteilt hat, darum möchte ich dies hier nicht wiederholen.

Im Vorfeld des Entscheides haben sich aber breite Kreise wie Trägergemeinden, Parteien, Verbände und Ärzteschaft für den Erhalt des Spitals stark gemacht. Auch der Stadtrat hat hinter den Kulissen in vielen Gesprächen mit kantonalen Stellen und Entscheidungsträgern sich für das Spital Uster eingesetzt. Dieser Einsatz hat Früchte getragen.

Die SP bedankt sich an dieser Stelle für dieses Engagement bei den Verantwortlichen.

Erklärungen des Stadtrates

Für den Stadtrat verliest **Stadtpräsidentin Barbara Thalmann** folgende Erklärung: *Vor gut drei Monaten habe ich in diesem Saal zu Ihnen gesprochen und habe im Namen des Stadtrates eine Erklärung abgegeben. Das Thema war das Spital Uster – befristete Leistungsaufträge, mögliche Streichung von der Spitalliste, viel Verunsicherung. Alle Parteien hier im Saal haben damals zu diesem Thema ebenfalls ihre Fraktionserklärungen verlesen. Und (kurze Pause): Wir waren uns von links bis rechts einig. Das kommt selten vor! Aber es ist uns allen klar gewesen: Das Spital Uster muss in unserer Stadt eine Zukunft haben! Und dafür wollen wir uns einsetzen, dafür haben wir gekämpft! Zusammen mit den zehn Trägergemeinden des Spital Uster hat sich der Stadtrat in seiner Vernehmlassungsantwort im Mai 2022 dezidiert für den Erhalt des Spital Uster eingesetzt. Ende Juni hat sich der Stadtrat dann mit einem offenen Brief an den Gesamtregierungsrat gewendet. Und im Hintergrund haben zahlreiche Gespräche stattgefunden.*

Dann kam der Zeitpunkt, wo wir alle gespannt und auch mit Sorge auf den Entscheid des Regierungsrates gewartet haben.

Am letzten Donnerstag hat die Gesundheitsdirektion zur Spitalplanung 2023 informiert. Der Entscheid ist für das Spital Uster positiv ausgefallen. Uster und die ganze Region hat erleichtert aufgeschnauft – mir persönlich auf jeden Fall ging es so.

Die provisorischen Leistungsaufträge sind vom Tisch! Der Regierungsrat verzichtet also darauf, dem Spital Uster die Leistungsaufträge nur provisorisch zu erteilen. Als Grund nennt er die mittlerweile wieder viel besseren Zahlen des Spitals Uster. Ausserdem haben sich die Verantwortlichen des Spitals intensiv mit der künftigen Ausrichtung des Spitals Uster auseinandergesetzt und ein Versorgungskonzept eingereicht. Der Regierungsrat unterstützt diese Stossrichtung. Das Spital Uster muss aber in drei Jahren nachweisen, dass es die wirtschaftliche Stabilität auch langfristig aufrechterhalten kann. Dies ist - glaube ich - im Sinne aller.

Das Spital Uster hat wieder eine Zukunft! Der Stadtrat ist hochofren, dass wir heute an diesem Punkt stehen. Ganz viele Menschen haben sich dafür stark gemacht: Allen voran die Verantwortlichen des Spitals Uster, die zehn Trägergemeinden, die regionale Bevölkerung, die Wirtschaftsverbände, die politischen Parteien und die vielen Fachorganisationen wie zum Beispiel die Vereinigung der Ustermer Hausärzte. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön von mir und dem gesamten Stadtrat an alle, die sich für das Spital Uster ins Zeug gelegt haben. Es hat sich gelohnt.

Ich kann Ihnen versichern, es ist keine einfache Zeit für das Spital Uster gewesen - in den letzten Monaten und auch in den vergangenen Jahren. Es ist eine lange, anstrengende Reise gewesen mit Entbehrungen, Tiefschlägen, finanzielle Schwierigkeiten und Unsicherheiten. Und sozusagen «obendrauf» sind noch Corona gekommen. In dieser belasteten Zeit hat es aber auch positive Momente gegeben. Das waren aus meiner Sicht vor allem alle jene Menschen, die trotz Unwägbarkeiten an das Spital geglaubt haben. Sie haben weitergearbeitet, Reformen angestossen, Abläufe verbessert, die finanzielle Situation des Spitals verbessert, Alternativen geprüft, Gespräche geführt, optimistisch in die Zukunft geschaut, ihr Umfeld motiviert – und nie aufgegeben.

Und gerade jetzt braucht es diese positive Energie, um weiterzumachen. Ein sehr gelungener Mosaikstein war der Tag der offenen Tür des Spitals Uster am vorletzten Samstag. Die Bevölkerung konnte die neuen Räumlichkeiten der Rettungssanität bewundern oder die neue Heizzentrale des Wärmeverbund Uster Nord besichtigen. Auch gab es spannende Einblicke in den Alltag des Operierens oder der Familienabteilung. Ja, das Spital Uster hat und kann etwas bieten und darauf dürfen wir stolz sein!

Der Stadtrat hat immer wieder betont, dass er eine hochwertige Gesundheitsversorgung im Oberen Glattal und im Zürcher Oberland sicherstellen will. Dieses Versprechen will er auch in Zukunft einlösen. Zusammen mit allen Beteiligten werden wir das schaffen!

Persönliche Erklärungen

Ursula Räuftlin (Grünliberale) verliest folgende Erklärung: *Am 15. August 2022 hat das neue Schuljahr begonnen. Ab dem 22. August, also in der zweiten Schulwoche des neuen Schuljahres, wurden während einer Woche auf der Gschwaderstrasse Strassenbauarbeiten durchgeführt. Der Deckbelageeinbau dauerte glücklicherweise nur eine Woche.*

Als Ingenieurin ist mir bewusst, dass Bauen eine komplexe Angelegenheit ist und von vielen Faktoren abhängt. Trotzdem sollte bei der Planung jeweils auch die Schulwegsicherheit berücksichtigt werden. In der zweiten Schulwoche sind viele neue und noch unerfahrene Kinder unterwegs. Die Gschwaderstrasse im betroffenen Abschnitt ist «der» Hauptzubringer zum Gschwaderschulhaus inklusive der dortigen Kindergärten.

Bei solchen Bauarbeiten, die in einer Woche abgeschlossen werden können, erwarte ich, dass diese entweder vor oder in den Sommerferien durchgeführt werden. Aber sicher nicht im ersten Monat nach dem Schuljahresbeginn.

Ich wäre der Abteilung Bau dankbar, wenn sie dies bei zukünftigen Strassenbauarbeiten im Umkreis der Schulhäuser beachten würde.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 3. Sitzung des Gemeinderates vom 11. Juli 2022 ist am 19. Juli 2022 öffentlich zugänglich gemacht worden. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgErl GR als genehmigt.

3 Weisung 111/2022 der Primarschulpflege: Projekt "Tagesschule", Kreditabrechnung

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier (EVP)**: *Der Gemeinderat hat am 2. September 2013 einen einmaligen Kredit von Fr. 50'000 für eine gebundene Tagesschule bewilligt (Antrag 175A/2013). Gleichzeitig wurde ein jährlich wiederkehrender Kredit von Fr. 106'000 beschlossen. Die gebundene Tagesschule war im ehemaligen VZK-Gebäude geplant, der einmalige Kredit war für die Sanierung Fr. 50'000 dortigen Turnhalle gedacht. Die Tagesschule sollte auf Anfang Schuljahr 2014/2015 starten.*

Wie wir alle wissen, ist die Tagesschule im VZK-Gebäude aufgrund mangelnder Anmeldungen nicht zustande gekommen. Mit Weisung 72/2016 hat der Gemeinderat am 05.09.2016 den oben erwähnten Kredit abgeschrieben.

Eine Tagesschule wurde dann aber ab Schuljahr 2015/2016 eröffnet, der entsprechende Kredit wurde von der Schulpflege gesprochen. Mit der Weisung 116/2017 hat der Gemeinderat am 22.01.2018 den Kredit auf Fr. 400'000 (brutto) erhöht; der Kredit sollte bis Ende der Projektphase (d.h. Ende Schuljahr 2020/21) reichen. Bereits damals war bekannt, dass der Bund 186'800 an Anschubfinanzierung bezahlt; man ging von effektiven Kosten von rund Fr. 210'000 aus.

Aufgrund der Prüfung der Abrechnung stelle ich fest:

- *Die Belege sind vorhanden, ebenso der Kontenausdruck der Buchhaltung. Allerdings brauchte es etwas Geduld bis eine Abrechnung vorlag, welche diesen Namen verdient. Die Belege sind nun vorhanden, die in der Weisung genannten Zahlen können nachvollzogen werden.*
- *Die Abrechnung ist vollständig.*
- *Per Ende 2021 weisen folgende Konten folgende Salden aus: (*

| | |
|---------------------------------|--|
| <i>Projekt-Nr. 49281.001</i> | <i>Fr. 0.— (alles auf Projekt 46060.001 umgebucht)</i> |
| <i>Projekt-Nr. 46060.001</i> | <i>Fr. 78'961.21</i> |
| <i>Projekt-Nr. 40305060.003</i> | <i>Fr. 37'424.35</i> |
| <i>Total Fr. 116'385.56</i> | |

Die in der Weisung genannten Kosten von Fr. 325'973.26 umfassen die bewilligten Kosten. Bereits bei der Bewilligung des Kredits rechnete man mit Bundessubventionen. Da diese in der Höhe aber nur geschätzt werden konnten, wurde ein Bruttokredit bewilligt. Damals rechnet man mit Fr. 186'800. Effektiv ausbezahlt wurden Fr. 209'587.70. Der Nettoaufwand entspricht also dem Total der oben erwähnten Projektkonten (Fr. 116'385.56).

Dier RPK empfiehlt dem Gemeinderat mit 8 0 Stimmeeen (eine Person abwesend), die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Das Dispositiv ist wie folgt zu ergänzen

2. *Die folgenden Projektkonten können aufgelöst werden*

| | |
|---------------------------------|----------------------|
| <i>Projekt-Nr. 46060.001</i> | <i>Fr. 78'961.21</i> |
| <i>Projekt-Nr. 40305060.003</i> | <i>Fr. 37'424.35</i> |

3. *Mitteilung an die Primarschulpflege und den Stadtrat. (3 wird zu 4)*

Die Präsidentin der Primarschulpflege, **Stadträtin Patricia Bernet**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Detailabstimmung

Die RPK beantragt dem Gemeinderat mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) folgende **Ziffer 3 (neu) im Dispositiv:**

Die folgenden Projektkonti können aufgelöst werden:

Projekt-Nr. 46060.001 Fr. 78961.21

Projekt-Nr. 40305060.003 Fr. 37424.35

Ziffer 3 (bisher) wird zu Ziffer 4 (neu).

Der Antrag der RPK ist unbestritten, es wird kein Gegenantrag gestellt. Damit ist dieser Antrag so beschlossen (Art. 74 Abs. 6 OrgErl GR).

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:

- 1. Die Abrechnung über den Kredit von 400 000 Franken (gerundet) für das Projekt «Tagesschule» schliesst mit einem Ergebnis von Fr. 325 973.26 inkl. MwSt. ab. Die Kostenunterschreitung beträgt Fr. 74 026.74. Die Kreditabrechnung wird genehmigt.**
- 2. Die Bundesbeiträge von Fr. 209 587.70 für die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen an der Tagesschule Uster werden zur Kenntnis genommen.**
- 3. Die folgenden Projektkonti können aufgelöst werden:
Projekt-Nr. 46060.001 Fr. 78961.21
Projekt-Nr. 40305060.003 Fr. 37424.35**
- 4. Mitteilung an die Primarschulpflege und an den Stadtrat.**

4 Weisung 10/2022 des Stadtrates: Entwicklung Zeughausareal, Phase 5 – Leitbild sowie Architekturwettbewerb, Projektabrechnung

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier (EVP)**: *Der Gemeinderat hat am 21. September 2015 für die Umsetzung des Antrages 34/2015 für die Entwicklung des Zeughausareal, Phase 5, einen Planungskredit von Fr. 300'000 beschlossen. Mit Beschluss vom 22. Januar 2018 (Weisung 102/2017) wurde ein Nachtragskredit über Fr. 230'000 Franken bewilligt. Vor allem hat das Sanierungskonzept deutlich mehr gekostet als budgetiert; es entstanden Mehrkosten von Fr. 38'127.15 bei einem Budget von Fr. 72'000. Die Problematik liegt vor allem darin, dass die Bausubstanz aus den Vorkriegsjahren etwas mangelhaft ist und zudem keine Pläne der Bauten, Abwasserleitungen usw. vorhanden sind. Es ist also immer wieder mit Überraschungen zu rechnen. Die Abrechnung liegt nun vor. Es resultieren Minderkosten von Fr. 10'882.31. Ausgewiesen werden folgende Kosten*

- *Leitbild (Abt. Präsidiales) Fr. 153'239.40 (Budget 130'000)*
- *Architekturwettbewerb (Abt. Bau) Fr. 365'878.29 (Budget 400'000)*
- *Total Fr. 519'117.69*

In der Buchhaltung werden folgende Projekte geführt

- *Projekt 12105.001, Kosten Fr. 220'974.00*
- *Projekt 11160.001, Kosten Fr. 298'143.69*
- *Total Fr. 519'117.69*

Aufgrund der Prüfung der Abrechnung stelle ich fest:

- *Die Belege sind vorhanden, ebenso der Kontenausdruck der Buchhaltung.*
- *Die Abrechnung ist vollständig.*

Dier RPK empfiehlt dem Gemeinderat mit 8:0 Stimmen (eine Person abwesend), die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Das Dispositiv ist wie folgt zu ergänzen

- 2. Die Projektkonten 11205.001 mit einem Saldo von Fr. 220'794.00 und 11160.001 mit einem Saldo von Fr. 298'143.69 können aufgelöst werden.*
- 3. Mitteilung an den Stadtrat. (2 wird zu 3)*

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Marc Thalmann (FDP)**: *Der 5-Phasen-Plan, welchem die Ustermerinnen und Ustermer 2009 zugestimmt haben, findet heute mit der vorliegenden Abrechnung der letzten Phase seinen Abschluss.*

Mit einem Augenzwinkern ist anzumerken: Das wir eine Abrechnung mit Minderkosten abnehmen können, verdanken wir uns, resp. dem 2018 amtierenden Gemeinderat. Durch die damals gegenüber dem Antrag reduzierten Investitionskosten wurden, dank der darauf basierenden Preissumme für den Wettbewerb, rund CHF 24'000 eingespart.

So lässt sich auch die Kostenüberschreitung aus den Arbeiten zum Sanierungskonzept verschmerzen.

Damit zeigt sich aber auch einmal mehr, dass Kostenbewusstsein und klare Vorgaben seitens der Politik bereits in frühen Phasen eines Projekts wichtig sind. Daran werden wir den Rat, wie schon in der Vergangenheit, im weiteren Verlauf dieses Projekts erinnern. Damit wir am Ende ein, für alle Beteiligten und Nutzer, nachhaltig finanzierbares Resultat erhalten.

Stadtpräsidentin Barbara Thalmann verzichtet auf eine Stellungnahme.

Detailabstimmung

Die RPK beantragt dem Gemeinderat mit 8:0 Stimmen (abwesend 1) folgende **Ziffer 2 (neu) im Dispositiv:**

Die Projektkonti 11205.001 mit einem Saldo von Fr. 220'794.00 und 11160.001 mit einem Saldo von Fr. 298'143.69 können aufgelöst werden.

Ziffer 2 (bisher) wird zu Ziffer 3 (neu)

Der Antrag der RPK ist unbestritten, es wird kein Gegenantrag gestellt. Damit ist dieser Antrag so beschlossen (Art. 74 Abs. 6 OrgErl GR).

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:

- 1. Die Projektabrechnung «Entwicklung Zeughausareal, Phase 5 – Leitbild und Architekturwettbewerb» im Betrag von 519 117.69 Franken (inkl. MWST) wird genehmigt**
- 2. Die Projektkonti 11205.001 mit einem Saldo von Fr. 220'794.00 und 11160.001 mit einem Saldo von Fr. 298'143.69 können aufgelöst werden.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Weisung 4/2022 des Stadtrates: Verordnung für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit hat ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen.

Der Ratspräsident hat am 22. August 2022 das Geschäft vertagt.

6 Weisung 5/2022 des Stadtrates: Energie Uster AG, Geschäftsbericht 2021

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Marius Weder (SP)**: *Das Geschäft wurde in der KÖS am 22. August 2022 diskutiert. Seitens der Exekutive waren der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla Famos, und der Abteilungsleiter Finanzen, Patrick Wolfensberger, anwesend. Die Energie Uster AG war vertreten durch ihren Verwaltungsratspräsidenten, Stadtrat Stefan Feldmann, den Vorsitzenden der Geschäftsleitung, Bruno Modolo, und den Bereichsleiter Finanzen/Administration, Thomas Christen. Der Geschäftsbericht 2021 der Energie Uster AG führte in der KÖS kaum zu kontroversen Diskussionen. Die erwähnten Vertreter von Exekutive und Energie Uster AG gaben den Kommissionsmitgliedern kompetent Auskunft dazu. Inhaltlich kann das Geschäftsjahr 2021 als durchaus erfreulich bezeichnet werden. Hinsichtlich der Geschäftszahlen verweise ich auf das nachfolgende Referat der RPK.*

Investitionen wurden 2021 vor allem im Bereich Photovoltaik-Anlagen getätigt, was sich wie schon im Vorjahr auch in einer Reduzierung der Reserven des Ökofonds zeigt. 2021 lag – ebenfalls wie schon im Vorjahr – ein Augenmerk auf der Gasstrategie wie auch auf den Wärmeverbänden. Gas wird mittel- und längerfristig ein Auslaufmodell sein vor dem Hintergrund der Verminderung des CO₂-Ausstosses. Aus bekannten international politischen Gründen hat sich die Notwendigkeit des Wegkommens vom Erdgas zudem seit Ende Februar 2022 stark akzentuiert. Seitens der Energie Uster AG wird versucht, Eigentümerinnen und Eigentümer die eine Gasheizung zu ersetzen haben, soweit möglich für Wärmeverbände zu gewinnen.

Der Verwaltungsrat der Energie Uster AG konnte im Geschäftsjahr in den Personen von Stéphanie Engels und Stephanie Wörmann mit zwei fachlich bestens ausgewiesenen Frauen als neue Mitglieder ergänzt werden. Die Kennzahlen der Entschädigungen an die Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung sind nach letztem Jahr zum zweiten Mal im Anhang zur Jahresrechnung auf Seite 33 unter Ziff. 2.9 ersichtlich. Dabei ist die Gesamtentschädigung der Mitglieder der Geschäftsleitung leicht höher als im Vorjahr. Dies liegt aber nicht an einer eigentlichen Erhöhung, sondern ein Mitglied der Geschäftsleitung erhielt ein ihm zustehendes Dienstaltersgeschenk. Anzumerken ist, dass sich die Entschädigungen der Mitglieder der Geschäftsleitung an den Gehältern der obersten städtischen Verwaltungshierarchie orientieren, wobei noch eine vom Erfolg der Gesellschaft abhängige Leistungsprämie hinzukommt.

Die KÖS stimmte dem Antrag des Stadtrats auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2021 der Energie Uster AG einstimmig zu.

Das Geschäft wurde in der RPK am 29. August 2022 diskutiert. Seitens der Exekutive waren der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla Famos, und der Abteilungsleiter Finanzen, Patrick Wolfensberger, anwesend.

Der Geschäftsbericht 2021 der Energie Uster AG führte auch in der RPK zu keinen kontroversen Diskussionen. Die erwähnten Vertreter der Exekutive gaben den Kommissionsmitgliedern kompetent Auskunft dazu. Der Referent der KÖS berichtete aus den Beratungen in der Sachkommission.

Inhaltlich kann das Geschäftsjahr 2021 als durchaus erfreulich bezeichnet werden. Der Gewinn der Energie Uster AG beträgt 3.131 Mio. Franken nach 3.655 Mio. im Vorjahr, er liegt also rund eine halbe Million Franken tiefer, was aber immer noch ein sehr gutes Ergebnis darstellt. Als steuerbefreite gemeinnützige Unternehmung darf die Energie Uster AG ihrer Alleinaktionärin, der Stadt Uster, maximal 6% Dividende ausschütten, was 600'000 Franken ausmacht. Die Einlage in den Ökofonds beträgt 1.1 Mio. Franken, 100'000 Franken mehr als im Vorjahr. Per Ende 2021 wies er ein Guthaben von 876'000 Franken auf gegenüber 930'000 Mio. Franken Ende 2020. Mithin konnten nebst der einbezahlten 1.1 Mio. Franken rund 54'000 Franken abgebaut bzw. in entsprechende Projekte investiert werden. Die Rückstellungen gingen von 29.510 auf 26.724 Mio. Franken zurück. Von den bestehenden Rückstellungen wurden rund 7.295 Mio. Franken für die Erneuerung des Werkhofs und den Bau der Fotovoltaikanlagen verwendet. Im Geschäftsjahr 2021 wurden zusätzliche Rückstellungen in der Höhe von 3.2 Mio. Franken gebildet, davon 700'000 Franken für die Erneuerung Werkhof, 1.321 Mio. Franken für die Risiken Energiebeschaffung und 2 Mio. Franken für das Erdgasnetz.

Die RPK stimmte dem Antrag des Stadtrats auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2021 der Energie Uster AG bei Abwesenheit eines Mitglieds einstimmig zu.

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder (SP)**: *Unterzieht man den Geschäftsbericht 2019 der Energie Uster AG einer eingehenden Betrachtung, so darf man insgesamt doch ein weitestgehend positives Fazit ziehen. Nicht nur sind die Finanzen mit einem Bilanzgewinn von gut 3.13 Mio. Fr. im Lot, sondern auch in Bezug auf den Fitnessstand der Energie Uster AG im Hinblick auf die Energiewende ist festzuhalten, dass man hier weiterhin gut unterwegs ist. So kann etwa erwähnt werden, dass auch im abgelaufenen Jahr wiederum diverse Solaranlagen erstellt wurden, an denen sich die Energie Uster AG entsprechend beteiligte. Die Projekte bezüglich Wärmeverbänden sind ebenfalls positiv zu erwähnen. Dass die Verantwortlichen der Energie Uster AG bereits seit mehreren Jahren intensiv daran arbeiten, Erdgas als Auslaufmodell durch Fernwärmeverbände zu ersetzen, ist nebst den Massnahmen zur Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger auch angesichts der sich drastisch zum Schlechteren veränderten politischen Grosswetterlage in Europa nunmehr im doppelten Sinn von grosser Wichtigkeit. Auch sonst kann festgestellt werden, dass die Energie Uster AG sehr innovativ ist, was das Anbieten von Stromsparmassnahmen für die Bevölkerung der Stadt betrifft. Der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat der Energie Uster AG kann also auch aus unserer Sicht wiederum ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt werden.*

Schon letztes Jahr habe ich von meinem langjährigen Ceterum Censeo beim Thema Energie Uster AG hinsichtlich dessen fehlender Transparenz bei der Frage der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder und der Geschäftsleitung abrücken können. So sind wiederum auf Seite 33 die fraglichen Zahlen unter Ziff. 2.9 ersichtlich. Beim Verwaltungsrat ergeben die total 109'576 Franken eine Entschädigung von durchschnittlich rund 13'700 Franken pro Mitglied. Die vierköpfige Geschäftsleitung verdiente total 848'832 Franken gegenüber 863'029 Franken im Vorjahr, was einem gesamten durchschnittlichen Bruttojahreslohn von knapp 216'000 Franken gegenüber gut 212'000 Franken im Vorjahr pro Mitglied der Geschäftsleitung entspricht. Der Betrag ist allerdings – wie gehört – nur aufgrund eines selbstverständlich zustehenden Dienstaltersgeschenks zu Gunsten eines Mitglieds leicht höher. Diese Zahlen zeigen, dass die erfolgsabhängige Leistungsprämie im Vergleich zu den Gehältern der obersten städtischen Verwaltungshierarchie doch einen erheblichen Anteil ausmacht. Auf der Hand liegt, dass bei einer städtischen AG, die eine öffentliche Aufgabe wahrnimmt, der hierfür relevante Erfolg nicht nur aufgrund der finanziellen Zahlen der Gesellschaft bemessen werden darf, sondern dass hierbei insbesondere auch die Erreichung der Leistungsziele, die die Stadt an die Energie Uster AG bezüglich Fortschritte im Rahmen der Energiewende setzt, im Vordergrund steht. Wie schon letztes Jahr ist daher festzustellen, dass, so lange diese Fortschritte stimmen, auch die Vergütungen der Mitglieder der Geschäftsleitung wenig in der Kritik stehen dürften. Indem seit 2021 nun zwei von acht Mitglieder des Verwaltungsrats Frauen sind, ist die Energie Uster AG auch in diesem Punkt auf gutem Weg.

Dem Antrag auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts stimmen wir zu.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei (Grüne)**: *«Die Gesellschaft ist gefordert. Wir alle müssen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf ökologische Energie setzen[...]. Nur durch diese Dekarbonisierung der Energie können wir dem Klimawandel entgegenwirken und das ambitionierte Klimaziel erreichen: netto null Tonnen Treibhausgasemissionen bis 2050.»*

Diese Sätze stammen aus dem Geschäftsbericht der Energie Uster. Es ist nicht die einzige Stelle, bei der uns Grünen richtig warm ums Herz wird. Der Geschäftsbericht 2021 macht des Öfteren richtig Freude: Die Energie Uster AG treibt den Ausbau der Solarenergie voran, hat den ersten Wärmeverbund realisiert, fördert dank dem Ökofonds mit einer Million Franken aus dem Gewinn Projekte für eine nachhaltige Energieversorgung, hat die Standardversorgung bei Strom und Gas ökologischer ausgestaltet, erhält weibliche Unterstützung im Verwaltungsrat, kommt der wachsenden Nachfrage nach Ladestationen für elektrische Fahrzeuge nach etc...

Und die anstehenden Herausforderungen werden für die Energie Uster AG nicht kleiner: Das kantonale Energiegesetz, Ausstieg aus der Atomenergie, Klimaschutz und jetzt noch sich abzeichnende Verknappung von Strom und Gas.

Dennoch dürfen wir uns von diesen erfreulichen Zahlen nicht blenden lassen: Effektiv wurden letztes Jahr lediglich 30 neue Fotovoltaikanlagen ans Netz der Energie Uster angeschlossen. Das macht den Braten nicht feiss! Nur gerade 4 der in Uster verbrauchten 136.9 Gigawattstunden Strom stammen aus lokalen Photovoltaikanlagen. Das sind nicht einmal 3 Prozent. Angesichts der sich zuspitzenden Klima- und Energiekrisen fragt sich, wie lange es noch dauert, bis das riesige brachliegende Potential in Uster endlich genutzt wird.

Wenig Freude haben wir Grünen an der Entschädigung für die Geschäftsleitung: 863'029 Franken gab es für die vier Mitglieder 2021. Das entspricht fast der gesamten Jahreseinlage 2021 in den Ökofonds. Das Jahressalär von Geschäftsleiter Bruno Modolo dürfte rund doppelt so hoch sein, wie dasjenige von Stadtpräsidentin Barbara Thalmann. In der Zukunft etwas mehr Masshalten würde guttun!

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvan Dürst (SVP)**: *Auch in diesem Jahr gibt es nichts am Geschäftsverlauf der Energie Uster zu nörgeln. Trotz laufenden «Smartmetering Rollouts», der Erstellung des neuen Wärmeverbunds beim Spital, dem schwierigen Einkauf von Energie auf dem Markt, dem mühsamen politischen Einfluss von Links/Grün und den sonstigen laufenden Projekten, ist das Geschäftsergebnis mit 3.13 Mio. Gewinn sehr positiv.*

Die wiederholte Aufstockung des Ökofonds vom Jahr 2020 um 400'000 Franken und im Jahr 2021 um weitere 100'000 Franken zeigt auf, dass wichtige Mittel für nachhaltige Projekte zur Verfügung stehen und auch nachgefragt werden.

Ich bin mir sicher, dass wenn die Strom- und Gasknappheit uns tatsächlich trifft, die Energie Uster keine Schuld trifft und Sie alles Mögliche versucht hat, dieses Schlamassel abzuwenden.

Mit genügend warmen Decken und etwas Feuerholz im Kamin werden wir auch den kommenden Winter überstehen.

Die SVP/EDU-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht zur Kenntnis.

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung: *Die Energie Uster AG ist eine Erfolgsgeschichte. Gegründet im Jahr 2000 nach dem Willen des Volkes als Aktiengesellschaft, erbringt sie verlässlich die wesentlichen Leistungen, die wir alle brauchen in den Bereichen Elektrizität, Wasser und Gas.*

Die Versorgung mit Strom, Wasser und Gas in den heutigen Tagen ist alles andere als selbstverständlich, sie ist für uns alle, für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit überlebenswichtig. Heute weiss jedes Kind, welches die zwei grössten Risiken unseres Landes. Eine lang anhaltende Pandemie – das kennen wir – und – zweitens – ein längerer Blackout, also Stromausfall. Darauf bereiten wir uns in diesem Land gerade vor und hoffen, dass es nicht soweit kommen wird. Heute schauen wir aber zurück auf das vergangene Jahr 2021, wo viele der heutigen Verwerfungen im Energiebereich noch fast undenkbar waren.

Wir sehen eine Energie Uster, die den Umbau unserer Gesellschaft zu einer CO2-reduktiven und nachhaltigen Gesellschaft vorantreibt. Beispielsweise durch den Öko-Fonds, der schon 2009 gegründet wurde und der ab 2023 noch einmal wesentlich vergrössert werden soll, wenn der Gemeinderat in der nächsten Sitzung am 26. September zustimmen wird. Beispielsweise aber auch durch den Aufbau von Wärmeverbänden, wie z. B. derjenige für das Spital, weitere Gesundheitsinstitutionen und das ganze umliegende Quartier. Oder beispielsweise durch den weiteren, schnellen Ausbau von Solaranlagen, wie wir es dem Gemeinderat in der Beantwortung der Leistungsmotion 618 «Städtische Gebäude für die Sonnenenergie nutzen» aufzeigen werden. Die letzte Anlage wurde eben erst auf dem Stadthaus West erstellt und die Anteilsscheine werden schon rege von der Ustermer Bevölkerung gekauft.

Die Energie Uster AG zielt dabei auf die Balance von Ökologie und Ökonomie und sie arbeitet in einem zumindest schon teilweise liberalisierten Markt, also unter Konkurrenz, was uns angesichts stark steigender Energiepreise heute allen schmerzlich bewusst wird.

Die Energie Uster AG schreibt seit Jahren Gewinne – und das ist gut so. Denn damit hat sie die finanzielle Kraft für weitere wichtige anstehende Investitionen.

Die Energie Uster ist seit Jahren erfolgreich, und das soll so bleiben. Der Stadtrat ist gemäss Gemeindeordnung zuständig für die Aufsicht und übt die Aktionärsrechte gegenüber der Aktiengesellschaft aus. Der Gemeinderat nimmt anlässlich einer Sitzung vom Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft inklusive Vergütungsbericht Kenntnis. So besagt es die neue Gemeindeordnung vom 28. November 2021. Die Vergütung ist gemäss Auskunft des VR-Präsidenten bis auf ein Dienstaltersgeschenk gleichgeblieben.

Die Arbeit der Energie Uster AG ist erfreulich erfolgreich und zugleich wichtig für die ganze Bevölkerung. Der Stadtrat bittet Sie, den Geschäftsbericht 2021 zur Kenntnis zu nehmen.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Matthias Bickel (FDP)**: *Die Energie Uster AG legt abermals einen positiven Geschäftsbericht vor - einerseits ist der Geschäftsgang positiv: ein Gewinn von gut 3.1 Mio. Franken bei einem Umsatz von knapp 62.4 Mio. Franken, andererseits ist die fortschreitende Dekarbonisierung des Energie-Portfolio auch positiv: Die Energie Uster AG treibt den Ausbau der Solartechnik auf Ustermer Dächern voran, forciert das Erstellen weiterer Elektroladestationen, kauft Gasprodukte mit stets höherem Ökoanteil ein, investiert in den Bau von Wärmeverbunden und beteiligt sich an innovativen Entwicklungen für die Zukunft.*

Der Geschäftsbericht zeigt aber auch auf, dass der Stromkauf schon 2021 schwierig war und mit 5 Mio. Franken teurer zu stehen kam. Mit der Situation in der Ukraine und der globalen Versorgungskrise ist das 2022 nochmals um Faktoren schwieriger geworden.

Weitere Jahreszahlen sind ebenfalls aufschlussreich: Der Absatz bei der elektrischen Energie ist leicht gestiegen und zeigt die fortschreitende Umlagerung von fossil auf elektro: Wärmepumpen lösen Öl-/Gasheizungen ab, Autos fahren vermehrt elektrisch. 2021 wurde aber doch auch viel Gas gebraucht; es war ein kaltes Jahr. Wir können uns aber auch über sinkende Zahlen freuen: mit 183 Liter pro Einwohner und Tag nahm der Wasserverbrauch um satte 5 Prozent ab. Vielleicht liegt da noch mehr drin mit Blick auf den bevorstehenden Winter, denn auch mit Wassersparen kann man Strom sparen.

Auch im vergangenen Jahr schritt der Ökotrend weiter voran. Die Ökoprodukte erfuhren eine gut 7-prozentige Zunahme, die Zahl der Photovoltaikanlagen legte sogar um knapp 11 Prozent zu. Der Ökofonds mit seiner begleitenden Beratung trägt da entscheidend zum Erfolg bei. Im Hinblick auf die Debatte zur neuen Verordnung betreffend der Neuregelung der Gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG (inklusive Umgestaltung der Öko-Förderung) wünscht sich die Fraktion ein Fortbestehen dieses erfolgreichen Angebots!

Wir danken der Energie Uster AG somit für ihre gute Arbeit, nehmen den Geschäftsbericht 2021 gerne zur Kenntnis - sind also auch mit der Verwendung des Bilanzgewinns einverstanden - und wünschen der Energie Uster AG eine gute Hand bei den Herausforderungen von 2022!

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:

- 1. Der Gemeinderat nimmt vom Geschäftsbericht 2021 der Energie Uster AG Kenntnis.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Postulat 655/2021 von Patricio Frei (Grüne) und Andreas Pauling (Grünliberale): „Pensionskassengelder der Mitarbeitenden der Energie Uster AG nachhaltig investieren“; Bericht und Antrag des Stadtrates

Patricio Frei (Grüne) nimmt Stellung: *«...der Stadtrat wäre gut beraten, wenn er sich bei seiner Stellungnahme nicht alleine auf die Behauptungen einschlägiger Interessensvertreter abstützt.» Diese Worte stammen aus meinem Referat vom 7. Februar, als wir dieses Postulat ein erstes Mal in diesem Rat behandelten. Und was hat der Stadtrat getan? Er bleibt weiterhin auf einem Auge blind: In seiner Antwort verliert er kein Wort darüber, dass er seiner Hausaufgabe tatsächlich nachgegangen ist und zu diesem doch recht komplexen Thema noch eine Zweitmeinung beigezogen hat. Im Bericht sucht man jedenfalls vergebens einen Hinweis, dass der Stadtrat beispielsweise die Klimaallianz angefragt hätte, wie ihre Einschätzung der PKE lautet. Immerhin bewertet diese mit dem umfassenden Klima-Rating, wie klimafreundlich die Schweizer Pensionskassen investieren.*

Weil der Stadtrat sich um diese vom Parlament erteilte Aufgabe nicht gekümmert hat, habe ich das übernommen. Hier also verkürzt die Einschätzung der Klimaallianz zur PKE, der Pensionskasse der Energie Uster AG:

«Der erste Nachhaltigkeitsbericht der PKE ist sicher ein kleiner Schritt nach vorne.» Doch inhaltlich sei er enttäuschend. Bemängelt wird insbesondere die Schwammigkeit und Unverbindlichkeiten: «Bislang bestehen nur allgemeine, unpräzise Absichtserklärungen, jedoch keine quantitativen Aussagen über Ziele. Der PKE fehlt bislang eine klare Dekarbonisierungsstrategie und ein konkreter öffentlicher Umsetzungsplan.»

Weiter schreibt die Klimaallianz: «International schreitet die Mehrheit der grossen Pensionskassen schon lange in Richtung Netto-Null Ziel voran. Im Vergleich dazu bewegt sich die PKE bislang nur wenig.»

Immerhin können wir dem dünnen Bericht des Stadtrats entnehmen, dass ein jährlicher Austausch zwischen der Energie Uster AG und der PKE stattfindet. Allerdings wird nicht klar, ob da auch die Nachhaltigkeit der Anlagen ein Thema ist.

Der Stadtrat hätte mehr tun können, als im Bericht seine Worte aus der Stellungnahme einfach zu wiederholen. Beispielsweise hätte er in einem Brief seine Erwartungen an die Geschäftsleitung und den Stiftungsrat der PKE richten können.

Angesichts der verweigernden Haltung wäre unter Umständen ein Zusatzbericht angezeigt. Aber was wäre von einem solchen zu erwarten? Wenn der Stadtrat nicht will, will er nicht. Der rot-grün dominierte Stadtrat macht bei diesem Geschäft keine gute Falle.

Im vorangehenden Traktandum haben wir den Geschäftsbericht 2021 der Energie Uster AG behandelt. Darin hat das Energieunternehmen auf die gesellschaftliche Verantwortung bei der Dekarbonisierung hingewiesen. Es fragt sich, was all diese Beteuerungen und Anstrengungen für eine nachhaltigere Energieversorgung wert sind, wenn es der Energie Uster AG nicht gelingt, die Pensionskassengelder ihrer Mitarbeitenden so anzulegen, dass diese den Absichten ihres operativen Geschäfts nicht entgegenläuft? Es fragt sich, wie ernst es der Energie Uster AG und letztlich der verantwortlichen Stadt Uster mit dem Ziel Netto Null wirklich ist, wenn sie ihre Handlungsmöglichkeiten bei den Geldanlagen nicht auslotet.

Der Stadtrat macht es sich zu einfach, wenn er für seine Untätigkeit rechtliche Belange vorschiebt. Es bleibt zu hoffen, dass die PKE rechtzeitig auf eine nachhaltige Spur findet und die Risiken mindert.

Wir Grünen erwarten, dass sich Usters Stadtrat bei der Energie Uster AG und diese wiederum bei der PKE für eine nachhaltige Investition der Pensionskassengelder einsetzt.

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung: *Das Postulat hat den Stadtrat eingeladen «zu prüfen, mit welchen Massnahmen er erreicht, wie die Pensionskassengelder der Mitarbeitenden der Energie Uster AG nachhaltiger angelegt werden können».*

Die Energie Uster AG ist eine selbständige privatrechtliche Aktiengesellschaft, nach dem Willen des Volkes. Die Wahl der Vorsorgelösung für die Mitarbeitenden der Energie Uster AG ist deshalb grundsätzlich eine Aufgabe der Energie Uster AG und ihrer Mitarbeitenden. Das Gesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) sieht explizit vor, dass das Personal bei der Wahl der PK mitbestimmt, und in diese Rechte darf weder der Stadtrat noch der Gemeinderat eingreifen.

Schliesslich gilt es noch einmal darauf hinzuweisen, dass der Begriff Nachhaltigkeit einen grossen Interpretationsspielraum belässt. Dies gerade angesichts der letzten Entwicklungen, insbesondere in der EU mit der mittlerweile gesetzlich festgelegten neuen Taxonomie zur Nachhaltigkeit, zu der neu sowohl die Gaskraftwerke als auch die Atomkraftwerke als Übergangstechnologien gehören. Zusätzlich ist seit dem 24. Februar mit dem Krieg in der Ukraine eine stark veränderte Ausgangslage im gesamten europäischen Energiesektor eingetreten. Die Lieferung von Öl und Gas erscheint aufgrund verschiedener Gründe (Boykott von russischem Öl, Lieferstopp von russischem Gas, fehlende Infrastruktur für die Abfertigung von Flüssiggas, etc.) mit sehr grossen Unsicherheiten verbunden, was zu einem grossen Preisanstieg und paradoxerweise zu einer Reaktivierung sogar von Kohlekraftwerken geführt hat, um die Versorgungssicherheit zu gewähren. Auch in der Schweiz sind übrigens Gaskraftwerke vorgesehen, um eine mögliche Versorgungslücke im Winter zu vermeiden. Das alles muss natürlich auch finanziert werden.

Ich glaube, es ist klar: Der Blick auf die jüngsten Diskussionen und Ereignisse in der Schweiz und in Europa zeigen auf, wie hochkomplex die Fragen rund um das nachhaltige Investieren sind.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass die PK der Energie Uster AG die nötigen Anstrengungen unternimmt, eine nicht nur ökologisch, sondern auch finanziell nachhaltige Anlage der Pensionskassengelder der Angestellten dieser Firma zu gewährleisten.

Der Stadtrat bittet Sie, dem Bericht zuzustimmen.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Andreas Pauling (Grünliberale)**: Das Postulat verlangte nach Massnahmen des Stadtrates, damit die Pensionskassengelder der Mitarbeitenden der Energie Uster AG nachhaltiger angelegt werden.

Der vorliegende Bericht lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Der Stadtrat will keine solche Massnahmen auch nur prüfen.

Das sei Sache der Mitarbeitenden der Energie Uster AG, so die Begründung. Das ist schon richtig, doch als Besitzerin der Energie Uster AG müsste die Stadt zu Gunsten nachhaltiger Anlagestrategien Einfluss nehmen. Wir hätten uns erhofft, dass der Stadtrat die Gelegenheit des Postulats nutzt, etwas innovativer an die Sache heranzugehen. Zum Beispiel ein öffentlicher Brief mit klaren Forderungen an den Stiftungsrat der PKE? Das hätte Signalwirkung. Mit «Business-as-usual» werden wir weder die Energiewende schaffen, noch die Ziele des Massnahmenplans Klima erreichen. Leider müssen wir einmal mehr feststellen, dass der Stadtrat nicht gewillt ist, auf die Energie Uster Einfluss zu nehmen. Sich nur über die getroffenen Massnahmen von der Energie Uster AG orientieren zu lassen, reicht nicht, da erwarten wir mehr.

Der Bericht zeigt aber, dass die PKE durchaus Fortschritte bei der Nachhaltigkeit der Anlagen gemacht hat. Zu erwähnen sind dabei die ESG-Faktoren, die Ausschlusslisten und der neue Nachhaltigkeitsbericht. Leider ist letzterer recht schwammig und die Ziele wenig konkret und schwierig messbar formuliert. Ob es schliesslich bei der guten Absicht bleibt, oder ob tatsächlich Fortschritte gemacht werden, ist kaum überprüfbar. Die PKE hat Fortschritte gemacht, doch es gibt noch viel Luft nach oben.

Wir stimmen dem Bericht zu, aber nicht weil wir zufrieden wären, sondern weil ein Ergänzungsbericht kaum Neues zu Tage bringen würde. Das Resultat wäre wohl nur Arbeit und Papier. Und das wollen wir im Sinne der Nachhaltigkeit nicht.

Für die SP-Fraktion referiert **Nina Nussbaumer (SP)**: Den Bericht des Stadtrates möchten wir in zwei Punkten kritisieren. Die Argumentation des Stadtrates verläuft wesentlich anhand von zwei Argumentationslinien. Einerseits wird betont, dass die Wahl der Pensionskasse von den Mitarbeitenden mitbestimmt werden muss. Obwohl die Mitsprache von Mitarbeitenden ein Hauptargument dafür ist, dass die Stadt Uster kein Handlungsspielraum hat, wird unserer Ansicht nach darüber in der Beantwortung zu wenig gesprochen. Und hätte interessiert wann und wie die Mitarbeitenden dazu befragt wurden? Wurde dabei über die Einstufung der Klima-Allianz transparent informiert?

Die Stadt Uster hat demnach gar keinen Handlungsspielraum. Daher erstaunt es uns, dass die zweite Argumentationslinie zeitweise Eindruck macht, als wäre sie von einer Versicherungsberaterin der PKE-Vorsorgestiftung verfasst worden. Es erstaunt, dass die Stadt Uster zu einer anderen Einschätzung bezüglich Klimaverträglichkeit kommt als 140 Klima-Organisationen zusammen. Unsere Forderung ist daher trotzdem: Keine Pensionskassen, die mit ihren Investitionen klimaschädigend sind!

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Christoph Keller (SVP)**: *Vorhin haben wir über Nachhaltigkeit und Zuständigkeit geredet. Welche Rechte und Pflichten hat eine Stiftung für berufliche Vorsorge? Offensichtlich wollen hier einige „Gott spielen“. Es kommt mir vor, wie wenn wir die Anzahl Postulate, die eingereicht werden dürften, limitieren und mit einem Sitzungsende um 20:30 Uhr im Gemeinderat beschränkt werden müssten.*

Dem stadträtlichen Bericht zum Postulat habe ich entnommen, dass die «PKE Vorsorgestiftung Energie» - also diejenige Pensionskasse, welche die Mitarbeitenden der Energie Uster AG versichert – im Frühjahr 2022 ihren ersten Nachhaltigkeitsbericht publiziert hat. Es wird darin ausgeführt, dass die ESG-Grundsätze sowie die Klimaschutzziele aus dem Pariser Abkommen der «PKE Vorsorgestiftung Energie» als Orientierung dienen. Dem anfänglichen Wirbel der Postulanten, dass die Pensionskasse der Energie Uster AG sich um solche Vorgaben und um ein Nachhaltigkeitsziel foutiert, scheint nicht zu zutreffen. Das im letzten September eingereichte Postulat scheint bereits sein Gültigkeitsdatum überschritten zu haben.

Aber das Fazit der stadträtlichen Postulatsantwort ist richtig und zutreffend.

- *Ja, für die Vorsorgelösung nach BVG ist die Energie Uster AG zuständig.*
- *Ja, die «PKE Vorsorgestiftung Energie» ist sich Ihrer Verantwortung bewusst.*
- *Ja, es ist problematisch, wenn die Stadt Uster als Hauptaktionärin in die Rechte der Mitarbeitenden der Energie Uster AG eingreift.*

Die SVP-EDU Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates zu, sodass das Postulat als erledigt abgeschrieben wird.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 23:4 Stimmen:

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 655/2021 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

8 Postulat 644/2021 von Natalie Lengacher (Grüne), Ivo Koller (Grünliberale) und Patricio Frei (Grüne): Autofreies Stadtzentrum im Sommer 2021; Bericht und Antrag des Stadtrates

Natalie Lengacher (Grüne) nimmt Stellung: *Es gibt Licht am Horizont! Die Frage, wann die Ustermerinnen und Ustermer endlich ein autofreies Stadtzentrum erhalten und die seit vielen langen Jahren beschäftigt, wird endlich beantwortet. Lieber spät als nie ist also die Devise und wir Grünen können ganz gut damit leben. Zugegeben, unser Vorhaben im Sommer 2021 bereits einen ersten Versuch eines autofreien Zentrums zu wagen, war zeitlich recht sportlich. Dass es nun aber ganze zwei Jahre mehr sein sollen, strapaziert einmal mehr unsere Geduld. Glücklicherweise ging dann letztes Jahr doch noch etwas: Teile des Stadtzentrums wurden nämlich bereits im Dezember 2021 für den Weihnachtsmarkt gesperrt. Das Fazit war ein positives Echo aller Beteiligten und so steht wohl auch dem Vorhaben unseres Postulates nichts mehr im Wege.*

Der Stadtrat liefert uns nun aber nicht nur eine Antwort auf unser Postulat, sondern gibt einen umfassenden Überblick über den Arbeitsstand des Projekts «attraktives Stadtzentrum». Die neue Fussgängerzone soll mehr sein als ein neues Verkehrsregime. Besonders erstrebenswert finden wir Grünen die Ambitionen, dass möglichst viele Asphaltflächen entsiegelt werden und im Grundsatz mehr Vegetationsflächen geschaffen werden sollen. Zudem soll ein Stadtgarten im Herzen der Innenstadt entstehen, was sehr vielversprechend klingt.

Der Stadtrat hat im Juli 2022 das Vorprojekt für die Planung der Fussgängerzone ausgelöst und der Gemeinderat wird voraussichtlich im 2. Quartal 2023 Gelegenheit haben über das Projekt zu entscheiden. Es geht nun also endlich vorwärts. Der Stadtrat schlägt vor, das Zentrum für voraussichtlich zwei Wochen zwischen den Frühlings- und Sommerferien 2023 zu sperren. Dafür braucht es temporäre Verkehrs- und Infrastrukturmassnahmen und es entsteht ein Planungsaufwand, was natürlich alles etwas kostet. Wir Grünen hoffen sehr, dass sich der Gemeinderat dann auch für die Kosten ausspricht. Wird nämlich das Budget des Geschäftsfelds Stadtraum und Natur nicht erhöht, kann trotz Zustimmung zum Postulat keine Umsetzung im Jahr 2023 erfolgen.

Wir Grünen denken, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis aber noch besser wäre, wenn der Zeitraum der Sperrung verlängert wird. Wir laden den Stadtrat also nochmals ein zu prüfen, ob man den Versuch anstatt für nur zwei Wochen nicht auch über drei bis fünf Wochen durchführen kann. Weiter schätzen wir die vielen Ideen für die Strassenbelebung sehr, meinen aber auch, dass es nicht jeden Tag eine riesen Attraktion braucht. Viele Ustermer und Ustermerinnen werden sich einfach auf den vielen Platz für sich auf den sonst motorisierten Strassen freuen.

Wir danken dem Stadtrat für die sorgfältige Prüfung und Antwort des Postulates und freuen uns bereits jetzt auf ein lebendiges, attraktives und vor allem grüneres Stadtzentrum!

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Ivo Koller (Grünliberale)**: *Die Grünliberale/EVP-Fraktion ist grundsätzlich nach wie vor enttäuscht über das Voranschreiten des Projekts «attraktives» oder eben verkehrsbefreiten Zentrums, obschon wir zur Kenntnis nehmen, dass die Planung nun langsam in Gang kommt. Es wurde einfach zu lange «geplämperlet».*

Seit meinem Einstieg in die lokale Politik 2010 hat mich das Projekt verkehrsbefreites Zentrum begleitet. Im Wissen, dass 12 Jahre in der Politik nichts sind, muss ich ihnen sagen, dass es mir mittlerweile schwer fällt überhaupt noch etwas dazu zu sagen. Denn, es hat sich wenig bis nichts bewegt in all diesen Jahren. Für verärgerte Mitbürger haben wir grösstes Verständnis. Das Projekt sollte positive Gefühle auslösen, bei uns hapert's da aber noch ein wenig.

Ich mache es deshalb förmlich. Wir bedanken uns für das «Update» aus der Postulatsantwort. Drei «Inputs» von unserer Seite.

- 1. Es ist eine sehr gute Idee, wenn die Aktion für das temporäre autofreie Zentrum als Auftakt- und Infoveranstaltung für den Prozess im Gemeinderat genutzt wird.*
- 2. Wir erachten eine temporäre Sperre von zwei Wochen als zu knapp und schlagen im Sinne eines besseren Kosten-/Nutzen-Verhältnisses eine Ausdehnung auf vier Wochen vor. Es braucht auch nicht eine ständige Bespielung.*

3. *Das verkehrsbefreite Zentrum ist ein vom Stadtrat definiertes Schlüsselprojekt. Trotzdem spielt er den Ball mit dem Antrag um Budgeterhöhung von CHF 60'000.00 klar dem GR zu, das ärgert uns. Wir fordern den Stadtrat auf, das Projekt endlich als Schlüsselprojekt zu behandeln und auf läppische Drohungen bei Nichtanpassung des Budgets zu verzichten.*

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti (SP)**: *Für die SP ist ein autofreies Stadtzentrum nicht nur während einer gewissen Zeit ein Thema, wir wünschen uns ein autofreies Zentrum als Normalität.*

Aber wir wissen es alle, in der Politik braucht alles etwas länger und Geduld. Manchmal braucht es auch verschiedene Anläufe oder Wege, bis man zum Ziel kommt. Darum haben wir das Postulat 644 auch unterstützt.

Wir danken der Verwaltung für den ausführlichen Bericht. Toll ist, dass der Testbetrieb mit dem Weihnachtsmarkt doch schon ein Erfolg ist, und man gesehen hat, es würde funktionieren!

Wir konnten auch lesen, dass es von Seiten der Verwaltung doch einen gewissen Aufwand braucht, damit das Zentrum auch nur für eine gewisse Zeit autofrei ist. Und das dies nicht gratis zu haben ist, das ist auch klar.

Die SP stimmt dem Bericht und Antrag zu und wird auch die Aufstockung bei der Budgetdebatte im Herbst für das Geschäftsfeld Stadtraum und Natur unterstützen. Wir freuen uns auf ein verkehrsfreies Zentrum, auch wenn dies vorerst zeitlich begrenzt ist.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Ulrich Schmid (Die Mitte)**: *Von Seiten der FDP/Die Mitte-Fraktion unterstützen wir ein autofreies Stadtzentrum, wir unterstützen aber aus Kostengründen keinen zweiten Test-Versuch oder eben, wie es im Antrag des Stadtrates heisst, ein temporäres verkehrsfreies Zentrum. Gemäss Bericht des Stadtrats wurden viele Facetten betrachtet und es liegt ein umfassender und sehr guter Bericht vor.*

Die Bevölkerung inkl. das ortsansässiges Gewerbe wurde mittels Infoveranstaltungen miteinbezogen. Das Echo war grossmehrheitlich positiv.

Ein Testbetrieb während der Weihnachtszeit wurde durchgeführt und auch da waren die Rückmeldungen grösstenteils positiv.

Für ein temporäres verkehrsfreies Zentrum zwischen Frühlings- und Sommerferien 2023 werden Kosten in der Höhe von ca. CHF 60'000 vorgeschlagen.

Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag des Stadtrates für einen zweiten Testversuch ab.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger (SVP)**: *Auch die SVP/EDU-Fraktion freut sich auf ein attraktives und verkehrsarmeres Zentrum und hat die Postulatsantwort mit Interesse gelesen. Wirft sie doch einen Blick in die Zukunftspläne des Stadtrates, wie es dereinst im Zentrum aussehen soll.*

Und da überkommt uns leider eine gewisse Ernüchterung.

Wir fragen uns: Ist es das jetzt wirklich? Ist das das attraktive Zentrum der Zukunft? Wegen dem die Massen extra nach Uster fahren? Wir müssen das leider stark anzweifeln und sagen voraus, dass deswegen keine einzige zusätzliche Nase ins Zentrum von Uster kommt.

Klar, man könnte sagen. Ein 2-Wochen-Versuch ist es wert. Schauen wir mal, was passiert. Vielleicht ist das Konzept ja super.

Aber ist das vorgestellte Projekt wirklich ein richtiger Versuch, oder eben leider nur ein Schnellschuss, um das Postulat zu erfüllen? Hauptsache, man sperrt mal die Strassen.

Aber eine Fahrverbotstafel bringt nun mal nichts, wenn sie nicht von einem stabilen Rahmen gehalten wird. Und diesen Rahmen können wir nicht erkennen.

Und nein, ein paar Tonnen oder Paletten mit Gemüse reichen nicht aus. Das interessiert nun mal wirklich niemanden.

Wurden die Gewerbler und die Gastronomie in die Planung mit einbezogen? Wieviel kostet denn die Benützung des öffentlichen Grundes für die zusätzlichen Tische? Ist es unbezahlbar oder ist es gratis? Werden die Gebühren dem Rest von Uster allenfalls auch erlassen?

Schaut sich die Post schon nach einem neuen Standort um? Einem Standort mit guter Zufahrt und vielen 3-Minuten-Parkplätzen?

Wir sind vorerst der Ansicht, dass das Projekt noch nicht ausgereift genug ist und entsprechend das Preis-/Leistungsverhältnis auch für den Versuch nicht stimmt. Und dabei meinen wir nicht nur das Steuergeld, sondern auch die diversen Einschränkungen für die Anwohner und das Gewerbe im Vergleich zur neuen Raumqualität.

Wir können der Postulatsantwort mit diesem Inhalt noch nicht zustimmen. Und bis zur Budgetsitzung muss bei diesem Projekt massiv etwas gehen.

Stadtrat Stefan Feldmann: *Zuerst besten Dank für die Diskussion. Und danke für die alles in allem gute Aufnahme des Berichts. In ihm haben wir die Gelegenheit genutzt, Ihnen die Richtung generell aufzuzeigen, wie wir das Stadtzentrum in Zukunft gestalten wollen. Mit einer Testsperrung alleine ist es wohl nicht getan, deshalb die Idee mit verschiedenen Gestaltungselemente zu arbeiten, und das Zentrum im Rahmen von verkehrsfreien Wochen das neue Zentrum für die Bevölkerung erlebbar zu machen.*

Dann noch zu zwei Themen: Ivo Koller hat gesagt, dass das alles zu lange dauere, dass seit er seit 2010 im Gemeinderat dabei sei, darüber geredet werde, ohne das es vorwärts gehe. Ich kann das sehr verstehen: Ich bin 1997 in den Gemeinderat eingetreten und schon damals hat man darüber geredet (Heiterkeit im Saal). Aber wir sind vermutlich jetzt soweit, wie noch nie zuvor.

Und dann noch bezüglich Budget: Das ist nicht als Drohung zu verstehen. Sondern im Gegenteil, es ist die Chance für Sie, sich zu diesen Plänen für verkehrsfreie Wochen zu bekennen, denn eigentlich sind sie ja ausserhalb ihrer Finanzkompetenz. Aber so können Sie im Dezember mitreden: Wenn Ihnen dieser Testbetrieb wichtig ist, dann werden Sie diese 60'000 Franken sprechen und dann machen wir das. Wenn es Ihnen aber dieses Geld nicht wert ist, dann ist Ihnen dieser Testbetrieb offenbar nicht so wichtig und dann machen wir es auch nicht. Es ist also nicht eine Drohung, sondern eine Chance auf Mitsprache.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 18:15 Stimmen:

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 644/2021 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

9 Postulat 658/2021 der Grünliberale/EVP-Fraktion: «Mehr Tempo 30-Zonen in Wohnquartieren!»; Bericht und Antrag des Stadtrates

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion nimmt **Ursula Räuftlin (Grünliberale)** Stellung: *Erfreut nehmen wir Postulanten die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis. Die Einführung von Tempo 30 ist ein wichtiges Element der Strategie «Uster steigt um». T30 trägt auch wesentlich dazu bei, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern, zwei wesentliche Ziele aus dem STEK. Im laufenden Richtplanprozess wurde diese Verankerung von Tempo 30 aufgenommen und es wird uns vergewissert, dass in der Richtplankarte Mobilität die bestehenden und geplanten Tempo-30-Zonen räumlich festgelegt sind. Wir werden dies natürlich in der öffentlichen Auflage überprüfen und allenfalls Ergänzungen beantragen.*

Der Stadtrat sieht, wie wir das mit unserem Vorstoss bereits hinterfragt haben, seine Beschlüsse aus den Jahren 2013 und 2014 bezüglich seinem Umgang mit der Einführung von Tempo 30-Zonen als überholt. Künftig will der Stadtrat Tempo 30-Zonen von sich aus aktiver angehen und zwar in den folgenden Situationen:

- *Bei Strassenbauvorhaben;*
- *zur situationsbezogenen Problemlösung, nicht nur wie bisher bei Schulwegsicherheit, sondern auch z. B. zur Behebung von Lärmproblemen;*
- *in Abstimmung mit kantonalen Vorhaben*

Weiterhin soll die Möglichkeit mit den Petitionen zur Schaffung von T30-Zonen bestehen bleiben. Hier vermisse ich allerdings im stadträtlichen Bericht eine Präzisierung. Aber nach dem geschaffenen Präjudiz Bachgasse/Archstrasse dürfte nicht mehr die bisher gültige Regelung mit den Unterschriften von mind. 50% der Betroffenen über 12 Jahren angewendet werden.

Erfreut nehmen wir auch zur Kenntnis, dass die Einführung von Tempo 30 auch aus übergeordneter Sicht vereinfacht wird, indem zukünftig keine aufwändigen, teuren Gutachten mehr erstellt werden müssen.

Wir versprechen, ein Auge darauf zu haben, dass diese Einführung von Tempo 30 vom Stadtrat zügig und proaktiv angegangen wird. Und wir werden auch die öffentlichen Auflagen der Strassenprojekte auf die Umsetzung von T30 überprüfen.

Wir freuen uns auf die ruhigeren, sichereren Wohnquartiere in Uster und schreiben das Postulat als erledigt ab.

Die Abteilungsvorsteherin Sicherheit, **Stadträtin Beatrice Caviezel**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hans Denzler (SVP)**: *Es ist richtig, dass die heutige Vorgehensweise (Beschluss vom Stadtrat 9. Juni 2009) zu überdenken ist.*

Das Tempo-30-Zonen mehr Sicherheit für die schwächeren Verkehrsteilnehmer bringt, ist sicher nicht weg zu diskutieren. Trotzdem gehört die Strasse auch dem Auto und dem Velo. Im Normalfall sind auch keine Fussgängerstreifen vorhanden, wie auch keine Velowege.

Im Stadtentwicklungskonzept (STEK) werden Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität gross geschrieben. Wofür auch mehr Tempo-30-Zonen in Wohnquartieren eingeführt werden sollen.

Das Instrument für die Ausarbeitung von Tempo-30-Zonen in Wohnquartieren, wie auch die dazugehörigen räumlichen Festlegungen (Aufenthaltsqualität), ist die Revision des kommunalen Richtplanes.

Es kann nicht sein, dass der Stadtrat die Türe öffnet für die sofortige Einführung von T30 ohne die gesamte Betrachtung.

Wo macht es Sinn, wo nicht. Es darf nicht sein, dass Verkehrshauptachsen tangiert werden, wie auch Parkplatzabbau und teure Verbauungen. Ansonsten müssen wir den Verkehrsrichtplan gar nicht mehr beraten und beschliessen, weil bis dahin sowieso alles T30-Zonen sind.

Gesamtheitliche Lösungen sind gefragt, die auf gutem Fundament aufgebaut werden.

Die SVP/EDU Fraktion ist der Meinung, dass es das Postulat nicht braucht und sogar evtl. zusätzliche Kosten für die Stadtverwaltung verursacht.

Die Revision des Richtplans und das STEK ist die Antwort auf die neuen Herausforderungen in den Belangen Tempo-30-Zonen und Aufenthaltsqualität.

Ein Jahr warten-bis zur Fertigstellung des Richtplans-liegt nun wirklich noch drin.

Die SVP/EDU Fraktion stimmt dem Bericht zum Postulat 658 nicht zu.

Für die SP-Fraktion referiert **Markus Wanner (SP)**: *Heutzutage ist zum Glück keine Basisarbeit mehr nötig, die Vorteile von Tempo 30-Zonen aufzuzeigen. Einzig ein paar Wenige sehen in Tempo 30-Zonen weiterhin den Beginn der Einschränkung der individuellen Freiheit. Ein Zitat zu Tempo 30, das mich sehr freute: «Es ist auch so, dass das Thema nicht unbedingt in ein linkes oder ein rechtes politisches Lager eingeteilt werden kann». Zitat von Hans Denzler vom 7. Februar 2022 anlässlich der Postulatsberweisung.*

2009 wurde die Volksinitiative der SP und der EVP zur Einführung eines Rahmenkredits für die flächendeckende Einführung von Tempo 30-Zone in Quartieren abgelehnt. 13 Jahre später wäre das nicht mehr vorstellbar. Die SP Uster war damals in ihren Überlegungen etwas zu stark voraus.

Heute ist klar: Tempo 30-Zonen leisten einen sehr wichtigen Beitrag zur Sicherheit, Lärmreduktion und zur Aufenthaltsqualität. In 17 Quartieren haben die Quartierbewohnerinnen und -bewohner die Initiative ergriffen, Tempo 30-Zonen einzuführen. Und keine will wieder zurück zu Tempo-50.

Die 17 Quartiere, in denen Tempo 30-Zonen eingeführt wurden, mussten von sich aus aktiv werden. Bei der neuen Regelung, wie sie in der Postulatsbeantwortung aufgezeigt wird, ist das nicht mehr die alleinige Möglichkeit. Alle Quartiere werden gleichbehandelt, es kommt nicht mehr darauf an, ob in einem Quartier aktive Menschen die Initiative ergreifen, das Quartier sicherer zu machen. Das ist gut so. Denn für die Sicherheit dürfen demografische Unterschiede keine Rolle spielen. Es ist also höchste Zeit, Tempo 30-Zonen proaktiv anzugehen.

Wir sind froh, dass der Stadtrat beim weiteren Vorgehen nicht alleine auf das Instrument des kommunalen Richtplans abstützt. Der Weg über die Ortsplanungsrevision wäre ein sehr langer Weg, da würde sich in der Sache Tempo 30-Zonen in den nächsten Jahren nichts bewegen. Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier würden ungeduldig werden und ein schnelleres Vorgehen wünschen oder fordern, vor allem auch, weil es die Sicherheit auf den Strassen betrifft.

Daher unterstützen wir die erweiterten Vorgehensmöglichkeiten, wie sie in der Postulatsbeantwortung aufgezeigt werden. Nebst der Möglichkeit der Petition kann der Stadtrat auch bei Strassenbauvorhaben, zum Thema Sicherheit, oder Optimierung der Langsamverkehrs in eigener Verantwortung weitere Tempo 30-Zonen einführen. Ebenfalls möchte der Stadtrat basierend auf dem Entwurf des kommunalen Richtplans Tempo 30-Zonen festlegen, wenn sie in seiner Finanzkompetenz liegen. Hierzu ein Hinweis: Und wenn die Einführung einer weiteren Tempo 30-Zone sinnvoll ist, aber nicht in der Finanzkompetenz des Stadtrats liegt, erwarten wir eine entsprechende Weisung im Parlament. Ebenfalls erwarten wir vom Stadtrat, dass er sich auch bei kantonalen Strassen, wo dies sinnvoll erscheint, beim Kanton für Tempo 30-Zonen einsetzt.

Für uns sind die Vorgehensvorschläge des Stadtrats richtig und wichtig. Die SP-Fraktion stimmt Bericht und Antrag sowie der Abschreibung des Postulats zu.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Matthias Bickel (FDP)**: *Die erste Stellungnahme des Stadtrats liess schon vermuten, wie der Bericht dann herauskommen wird. So sind heute also nur bedingt begeistert – zwar weniger bezüglich des Themas aber viel mehr bezüglich des angedachten Vorgehens.*

Wir müssen die Sache nicht mehr gross ausrollen, doch wissen wir, dass die aktuelle Bewilligungspraxis auf einen Volksentscheid und einen vernünftigen Entscheid des damaligen Stadtrats zurückgeht. Es kann nun nicht sein, dass der heutige Stadtrat aus eigenem Gusto einfach die gängige Praxis aufweicht – selbst ermutigt durch das Vorgehen mit der Petition Bachgasse!

Wie man aus unseren früheren Voten weiss, ist unsere Fraktion nicht gegen Tempo 30 und befürwortet auch ein rasches Entschärfen neuralgischer Stellen bei Schulhäusern, Heimen und anderen Orten, doch kann es nicht sein, dass man sich eine Lex Bachgasse schafft, um dann via Amtsstube einen Volksentscheid zu umgehen!

Denn wir finden es weiterhin eine gute Sache, wenn die Mehrheit eines Quartiers die Extra-Einführung von Tempo 30 wünscht. Wenn aber lediglich 25 (!) Personen (ab 12 Jahren) ohne grossen Aufwand eine Strasse / Zone in Tempo 30 umwandeln können, kommt dies einer flächendeckenden Einführung gleich, die der Souverän so nicht haben wollte.

Wenn die Politik die Spielregeln also ändern möchte, dann soll sie dies regulär tun – wie zum Beispiel mit der angedachten Revision der BZO. Dort wollen wir dann auch die (teuren) baulichen Massnahmen diskutiert sehen, welche die Verkehrsteilnehmenden nachweislich unnötig nervt und selbst den ÖV und die Blaulichtorganisationen oft behindert.

Wir lehnen Bericht und Antrag also ab, weil wir das demokratische Prinzip verletzt sehen und sind natürlich nicht blauäugig und rechnen damit, dass das Geschäft heute Abend durchkommen wird und verlangen vom Stadtrat so dann umgehend, dass er seine Haltung nochmals überdenke und sich mindestens bei teuren baulichen Massnahmen zurückhalte, denn unnötige Ausgaben braucht unsere Stadtkasse in ihrer angespannten Finanzlage zur Zeit wirklich keine, zumal auf Bundesebene ja auch gesetzliche Erleichterungen betreffend baulichen Massnahmen geplant sind.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Debora Zahn (Grüne)**: *Der Sektor Verkehr ist in der Schweiz der grösste CO2-Emittent. Wir haben dort also den grössten Handlungsbedarf unseren CO2-Ausstoss zu minimieren. Geschwindigkeitsreduktionen sind ein wichtiges Instrument zur Senkung des CO2-Ausstosses des Verkehrs.*

Die Förderung von Tempo 30 und Begegnungszonen sind aber nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern tragen auch dazu bei, dass das Wohnen in den Städten attraktiver wird. Erhöhte Verkehrssicherheit, Lärmreduktion und Lebensqualität sind weitere Argumente für flächendeckende Tempo-30-Zonen.

Wir Grünen begrüssen es sehr, dass der Stadtrat gemäss seiner Stellungnahme bereit ist, bei der kommenden Festsetzung des kommunalen Richtplanes grossräumige Tempo-30-Zonen einzuführen. Wir Grünen laden den Stadtrat ein, noch einen Schritt weiterzugehen und aufzuzeigen, wo in Uster auch auf Hauptachsen eine Temporeduktion Sinn macht, wie dies für die Ortsdurchfahrten in Riedikon und Sulzbach geplant ist. Denkbar wären insbesondere Tempo 30 auf Kantonsstrassen im Zentrum, vor Schulhäusern oder vor dem Kulturzentrum Zeughaus.

Zudem hat der Bundesrat vor kurzem beschlossen, dass ab dem 1. Januar 2023 keine Gutachten mehr erstellt werden müssen, um auf nicht verkehrsorientierten Strassen Tempo-30-Zonen einzuführen. Somit werden auf Bundesebene erste bürokratische Hürden abgebaut und eine erste Vereinfachung für die Einführung der 30er Zonen geschaffen.

Mit flächendeckenden Tempo-30-Zonen in der Stadt Uster können wir also nicht nur etwas zum Klimaschutz beitragen, sondern steigern gleichzeitig die Sicherheit im Verkehr, vermindern Lärmemissionen und schaffen somit auch mehr Lebensqualität für die Usterm:innen. Ich freue mich sehr auf die kommende Debatte über den neuen kommunalen Richtplan und zusammen mit euch grossräumig Tempo-30-Zonen in der Stadt Uster einzuführen.

Präsident Jürg Krauer (FDP): *Ich wollte vorhin dieses Geschäft der Abteilungsvorsteherin Sicherheit unterjubeln, aber zuständig ist der Abteilungsvorsteher Bau.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Das macht gar nichts, Herr Präsident, denn der Stadtrat ist ja eine Kollegialbehörde.*

Auch hier mein Dank für die gute Aufnahme des Berichts. Einfach nochmals zur Klarstellung. Wir ersetzen das bisherige Petitionsverfahren nicht, aber wir stellen ihm einen zweiten Weg zur Seite, in dem wir von uns aus die Einführung von Tempo 30 prüfen können, wenn wir sowieso eine Strasse sanieren müssen.

Dann zum Vorwurf, der Volkswille werde missachtet. Das ist so nicht richtig. Das bisherige Petitionsverfahren wurde 2013/2014 vom Stadtrat so in eigener Kompetenz festgelegt. Und selbstverständlich kann der Stadtrat in eigener Kompetenz einen solchen Entscheid auch wieder ändern, ergänzen oder sogar aufheben. Das hat nichts mit der Missachtung des Volkswillens zu tun.

Über die flächendeckende Einführung von Tempo 30 werden wir im Rahmen der Totalrevision des Richtplans definitiv entscheiden. Der Stadtrat ist der Meinung, dass es Zeit dafür ist, er hat das so bereits im STEK ausgeführt. Aber auch das hat nichts mit Missachtung des Volkswillens zu tun: Seit 2009 ist viel Zeit vergangen und letztlich ist es in der Politik immer so, dass eine politische Frage nie ein einziges Mal für alle Zeiten entschieden wird. Wäre es so, dann gäbe es heute keine AHV und kein Frauenstimmrecht. Insofern ist es richtig, dass solche Frage gesellschaftlich und politisch immer wieder neu verhandelt werden und auch immer wieder neu entschieden werden kann.

Markus Ehrensperger (SVP): *Es ist richtig und wichtig, dass bedeutende Grundsatzfragen regelmässig wieder dem Volk zur Revision vorgelegt werden. Ich betone: Dem Volk vorgelegt. Dann macht doch eine Volksinitiative und finden wir es heraus. Nicht im kleinen Kämmerchen, das ist eben undemokratisch. Und darum ist das von Hans Denzler erwähnte Vorgehen via Richtplanrevision richtig.*

Stadtrat Stefan Feldmann: *Der Präsident der SVP/EDU-Fraktion hat nicht genau aufgepasst. Das heutige Petitions-Verfahren wurde damals vom Stadtrat – und ich sage es jetzt halt doch: vom Stadtrat mit damals bürgerlicher Mehrheit – in eigener Kompetenz so beschlossen. Und dem Stadtrat steht es selbstverständlich immer frei, seine Entscheide wieder abzuändern.*

Markus Ehrensperger (SVP): *Wir kritisieren seit 10 Jahren dieses Vorgehen, somit auch den alten Stadtrat. Wir haben bei jeder Tempo 30-Zone gesagt, dass das Vorgehen undemokratisch ist. Und wir hoffen, dass der aktuelle Stadtrat den Fehler des bösen bürgerlichen Stadtrates nicht wiederholt.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 18:14 Stimmen:

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 658/2021 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

10 Postulat 663/2021 (statt Motion, Umwandlung) von Natalie Lengacher (Grüne), Marco Ghelfi (Grüne) und Patricio Frei (Grüne): "Mehr preisgünstiger Wohnraum in Uster"; Bericht und Antrag des Stadtrates

Natalie Lengacher (Grüne) nimmt Stellung: *Uster möchte eine inklusive Stadt sein, eine Stadt für alle. Wenn Uster diesem Anspruch wirklich nachleben will, muss die Stadt heute aktiv werden, damit sie auch morgen über genügend preisgünstigen Wohnraum verfügt. Auch junge Erwachsene, Familien und ältere Menschen mit tiefen und durchschnittlichen Einkommen wollen und sollen hier bei uns wohnen können.*

Der Stadtrat hat in seiner Beantwortung des Postulates eine sehr umfassende Auslegeordnung zu den raumplanerischen, finanziellen und beraterischen Instrumenten zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum vorgelegt. Dafür danken wir ihm.

Unser Postulat setzt auf den Ansatz "Anteile in der Nutzungsplanung". Der Stadtrat zeigt sich aus unserer Sicht viel zu zurückhaltend, was die BZO-Revision angeht. Das erstaunt auch deshalb, weil 2014 die Vorlage zur entsprechenden Änderung des Planungs- und Baugesetzes in Uster mit 60% JA-Stimmen angenommen wurde.

In seiner Strategie 2030 gibt der Stadtrat zwar ein Bekenntnis zu einer Stadt für alle und einem vielfältigen Wohnangebot ab. Im Bericht zählt er auch auf, mit welchen Mitteln in Uster der preisgünstige Wohnraum in der Vergangenheit unterstützt wurde. Das Resultat dieser Bemühungen ist für uns Grüne aber total ernüchternd. In Uster liegt der Anteil gemeinnütziger Wohnungen nicht einmal bei 4 Prozent. Das zeigt die im Dezember 2021 publizierte Studie "Gemeinnütziges Wohnen in Stadt und Kanton Zürich" der Wohnbaugenossenschaften Zürich auf. Die Vorteile des gemeinnützigen Wohnens liegen auf der Hand: Die Mietpreise von Genossenschaften sind bis zu 36% tiefer als bei nicht gemeinnützigen Wohnungen! Es werden im Bericht die Beispiele auf dem Zeughausareal und an der Wagerenstrasse der Baugenossenschaft Frohheim erwähnt. Diese Projekte sind für uns sehr wichtig, sie decken jedoch niemals den Bedarf.

In Zürich setzen sich Stadt- und Gemeinderat viel entschiedener für mehr preisgünstigen Wohnraum ein. Ende August hat der Stadtrat die BZO-Revision im Sinne von Artikel 49 verabschiedet und die Vorlage dem Gemeinderat überwiesen. Bei Arealüberbauungen sollen in Zukunft mehr preisgünstige Wohnungen entstehen.

Uster soll sich ein Beispiel an Zürich nehmen und mehr Farbe zu preisgünstigem Wohnraum bekennen. Und es müssen entschiedene Taten folgen. Anfangs September lagen auf „Homegate“ gerade einmal sechs der rund 50 Mietangebote unter 1500 Franken pro Monat. Am oberen Ende jedoch hat es genügend Auswahl; 22 freie Mietwohnungen waren noch zu haben, jedoch alle über 2000 Franken pro Monat.

Wir stimmen dem Bericht nur wegen der umfassenden Auslegeordnung zu. Unser Anliegen nach mehr günstigem Wohnraum im Sinne von Artikel 49 b vom Planungs- und Baugesetzes ist mit diesem Postulat noch lange nicht erledigt. Wir fordern vom Stadtrat weiterhin, dass er uns bei der BZO konkrete Vorschläge unterbreitet, wie in Uster genau dieser Artikel umgesetzt werden soll.

Für uns Grüne muss der Stadtrat den preisgünstigen Wohnraum selbstverständlich auch mit anderen Instrumenten, insbesondere mit der Abgabe von Land im Baurecht an Wohnbaugenossenschaften, fördern. Wir möchten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutlich mehr gemeinnützige Wohnungen in Uster.

Und natürlich wollen wir Grüne auch, dass der Stadtrat mit der Stadt Zürich über die Liegenschaft "Rosengarten" Verhandlungen führt. Hier könnte tatsächlich ein zukunftsfähiges, sozial gut durchmischtes und generationenübergreifendes Wohnprojekt entstehen.

Als allererstes rufen wir den Stadtrat jedoch dazu auf, seine Immobilienstrategie zu aktualisieren und konsequent auf die Strategie 2030 auszurichten. In der Immobilienstrategie ist nämlich immer noch von der veralteten Dualstrategie die Rede. Der Stadtrat soll dabei auch prüfen, ob die Grundstücke im Finanzvermögen - wie aktuell formuliert - in jedem Falle eine Rendite abwerfen müssen. Wir Grüne sind klar der Meinung, dass hier Ausnahmen möglich sein müssen. Eine gute Möglichkeit hätte die Apothekerstrasse geboten. Leider verpasst die Stadt Uster auch diese Chance und lässt dort Wohnungen im mittleren Preissegment bauen, anstatt günstigen Wohnraum zu schaffen.

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Andrea Grob (FDP)**: *Der Stadtrat hat einen ausführlichen Bericht zum Postulat erstellt – besten Dank dafür. Ganz klar empfiehlt der Stadtrat dringlichst von einer vorgezogenen Umsetzung mittels einer Teilrevision der BZO abzusehen. Ein entsprechender Auftrag würde sogar die Gesamtrevision verzögern.*

Auch für die FDP/Die Mitte-Fraktion ist ein Angebot an günstigem Wohnraum in der Stadt Uster wichtig und richtig. Dabei muss aber immer die soziale Durchmischung im Auge behalten werden. Ebenfalls steht es der FDP fern, allfälligen Investoren vorzuschreiben, zu welchen Preisen sie Wohnungen zu vermieten haben. Auch wenn viele es nicht wahrhaben wollen, aber für Uster ist es auch wichtig, dass wir Personen haben, die teurere Liegenschaften mieten können. Das sind nämlich diejenigen, welche Steuergelder nach Uster bringen, je nachdem sogar einen hohen Anteil an Hortkosten übernehmen usw. Aus verschiedenen Statistiken geht klar hervor, dass Uster heute ein breites Angebot an verschiedenem Wohnraum und praktisch alle Bedürfnisse abdecken kann. Wir haben aktuell keine Wohnungsnot – weder an exklusiven noch an durchschnittlichen Räumlichkeiten. Die FDP ist weiter der Meinung, dass das Thema «preisgünstiger Wohnraum» abteilungsübergreifend begutachtet werden soll. Im Bericht steht unter anderem, dass bis anhin keine Mietzuschüsse gewährt werden in Uster. Das stimmt so nicht. Via Ergänzungsleistungen erhalten heute wenige Personen Mietzuschüsse via Gemeindegzuschüsse. Diese Informationen sind in der Abteilung Soziales beheimatet. Weitere wichtige Gesichtspunkte wären dann noch die Seniorinnen und Senioren und die Schulkinder mit ihren Familien. So gesehen wären Inputs aus der Abteilung Bildung und Gesundheit ebenfalls spannend. Um aber wieder zum Anfang zurückzukehren: Mit der neuen Bau- und Zonenordnung wird die Thematik detailliert behandelt. Aus diesem Grund sehen wir heute keinen Handlungsbedarf (...)

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Walter Meier (EVP)**: *„Die Stadt Uster ist ein attraktiver Lebensort. Die Stadt wächst kontinuierlich. (Ersatz-)Neubauten, Preis treibende Standarderhöhungen und Altbausanierungen führen zu teurerem Wohnraum. Menschen mit knappem oder durchschnittlichem Einkommen, insbesondere junge Erwachsene, Familien und ältere (pensionierte) Menschen, haben deshalb grosse Mühe, bezahlbare Wohnungen zu finden. Für die Stadt Uster als einer Stadt für alle ist eine gute soziale Durchmischung jedoch von grossem Wert.“*

Die Grünliberale/EVP-Fraktion unterstützt das Anliegen nach wie vor. Die Argumente des Stadtrates sind für uns aber stichhaltig. Wir werden deshalb dem Bericht und Antrag zustimmen. Die Umsetzung des preisgünstigen Wohnraums nach §49b PBG soll im Zug der Revision der BZO erfolgen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Christoph Keller (SVP)**: *Auf die Gefahr hin mich zu wiederholen: Weshalb machen wir den ganzen Aufwand mit dem STEK und dem Beizug möglichst vieler Interessensgruppen, wenn als Resultat meine beiden grünen Miträte über diese Abkürzung Ihre Einzelwünsche in die Revision der BZO hinein diktieren möchten?*

Wir begrüssen den prozessualen Vorschlag des Stadtrates die Anliegen dieses Postulat anlässlich der Revision der Bau- und Zonenordnung politisch zu verhandeln.

In dieser ganzen Übung erkenne ich etwas Positives. Mit der hier vorliegenden stadträtlichen Antwort haben wir eine ausführliche Auslegeordnung zum Planungs- und Baugesetz sowie zur anstehenden Revision der BZO erhalten. Ich fordere meine Ratskollegen- und innen auf, für die kommende Revision der BZU diese Auslegeordnung als Vorbereitung nochmals gut durchzulesen. Stellen Sie sich dabei die folgenden Fragen:

- 1. Hat Uster ein Problem im Wohnungsmarkt; insbesondere bei günstigen Wohnungen?*
- 2. Ist die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum sinnvoll und deren Verteilung fair?*
- 3. Wo findet die Abgrenzung zu subventioniertem Wohnraum statt?*
- 4. Soll die Stadt Uster die Stadt Zürich als Vorbild nehmen? Und gar in grösserem Rahmen direkt oder indirekt eine Wohnungsvermieterin werden?*

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder (SP)**: *Am 28. September 2014 stimmte die Ustermer Stimmbevölkerung der Einführung einer Bestimmung im kantonalen Planungs- und Baugesetz zur Förderung preisgünstigen Wohnraums mit rund 60 Prozent klar zu. Seit Inkrafttreten dieser Bestimmung können die Gemeinden in ihrer Bau- und Zonenordnung (BZO) wie auch in Gestaltungsplänen und Sonderbauvorschriften einen Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum festlegen. Am 27. September 2017 reichte ich die Motion 611/2017 mit dem Antrag ein, die Stadt Uster solle sich zur Förderung preisgünstiger Wohnungen und Gewerberäume verpflichten und die Gemeindeordnung sei entsprechend zu ergänzen. Die Motion wurde am 22. Januar 2018 vom Gemeinderat abgelehnt, wobei mir zum Teil eine gewisse thematische Nähe zur kurz zuvor gescheiterten Volksinitiative "EcoViva", die als Hauptanliegen die Schaffung einer 10 Millionen starken Stiftung aus städtischen Geldern angestrebte, zum Verhängnis wurde.*

Das vorliegende Thema stellt somit eines der Kernanliegen meiner Tätigkeit im Gemeinderat überhaupt dar. Zu Beginn der Legislatur 2018-2022 erwog ich daher, angesichts der geänderten Kräfteverhältnisse im Stadtrat einen neuen Vorstoss dazu zu wagen. Da ich aber vom neuen Bauvorsteher erfuhr, dass die Schaffung von Zonen nach § 49b PBG im Rahmen der anstehenden BZO-Revision geprüft wird – eine Information, die den Postulanten wohl nicht vorlag –, sah ich von einem neuen Vorstoss ab. Wie auch der Stadtrat in seiner Stellungnahme vom 25. Januar 2022 zutreffend darlegte, ergibt das vorherige Herauspicken eines einzelnen Elements im Rahmen der gesamten BZO-Revision, ohne das Gesamtbild zu kennen, keinen Sinn. Zu Recht wandelten die einstigen Motionärin und Motionäre ihren Vorstoss darum in ein Postulat um. Dank dem Postulat haben wir nun eine Auslegeordnung des Stadtrats, wie er preisgünstigen Wohnraum in der Stadt Uster zu fördern gedenkt. Klar ist, dass Zonen nach § 49b PBG nur eines von vielen Mitteln darstellen. Mindestens ebenso wichtig ist die bereits seit einigen Jahren verfolgte Grundstücksstrategie des Stadtrats, die darauf abzielt, strategisch wichtige Grundstücke – wenn immer möglich – zu erwerben und sie gegebenenfalls im Baurecht weiter zu geben. Mit letzterem können Bedingungen verknüpft werden, worunter u.a. auch Anteile preisgünstigen Wohnraums zu zählen sind. Auf die einzelnen unter lit. D auf Seite 4 ff. des Berichts aufgeführten Instrumente im Detail einzugehen, würde den Rahmen des vorliegenden Referats bei Weitem sprengen, weswegen ich das unterlasse.

Soweit es die im Postulat ausdrücklich erwähnten Zonen nach § 49b PBG betrifft, möchte ich zuhänden des Stadtrats aber die klare Forderung anbringen, solche wo möglich im Rahmen der anstehenden BZO-Revision auch tatsächlich vorzusehen. Bericht und Antrag des Stadtrats stimmen wir zu.

Stadtrat Stefan Feldmann: *Auch hier besten Dank für diese Diskussion. In unserer ersten Stellungnahme haben wir Ihnen ja beantragt, die Motion in Postulat umzuwandeln, um Ihnen zu diesem Thema eine Auslegeordnung vorlegen zu können, statt eine konkrete BZO-Revision an die Hand nehmen zu müssen. Das haben wir nun gemacht, das wurde eben auch von Ihnen gewürdigt. Welche Instrumente aus dieser Auslegeordnung angewendet werden sollen und welche nicht, das ist zu diskutieren und auch immer zu überprüfen. Bezüglich dem §49b PBG ist es so, dass dieser sicher bei der Revision der BZO ein Thema sein wird. Wie und wo er genau eingesetzt werden soll, damit werden wir uns alle noch vertieft auseinandersetzen müssen.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 24:9 Stimmen:

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 663/2021 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

11 Postulat 501/2022 von Andrea Grob (FDP), Jürg Krauer (FDP) und Gianluca Di Modica (FDP): Operative Umsetzung der Altersstrategie "Ambulant vor Stationär"

Von Andrea Grob (FDP), Jürg Krauer (FDP) und Gianluca Di Modica (FDP) ist am 9. Mai 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, welche konkreten Lösungen sich bezüglich Infrastruktur, Dienstleistungen und Kooperationen mit privaten und öffentlichen Institutionen anbieten, damit die Devise «Ambulant vor Stationär» gemäss Altersstrategie 2030 der Stadt Uster konsequent und unter Berücksichtigung der finanziellen Aspekte für alle Anspruchsgruppen umgesetzt werden kann.

Begründung

Die demographische Alterung wird uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen. Die sogenannten Babyboomer (Jahrgänge 1946 bis 1964) werden in den nächsten Jahren 65 Jahre bzw. über 80 Jahre alt sein. Gute Betreuung im Alter und Altersarmut werden uns vermehrt und ohne vorbeugende Massnahmen übermässig beschäftigen und enorme Kosten verursachen. Insbesondere das Thema Altersarmut wird mit dem Öffnen der Schere zwischen sinkenden Renten (z.B. sinkende Umwandlungssätze) und steigenden Angebotsmieten weiter akzentuiert. Mittels ambulanter Unterstützung können Menschen länger zu Hause bleiben, die Kosten tiefer gehalten und die psychosoziale Situation klar verbessert werden – was schlussendlich auch wieder Gesundheitskosten einspart. Die Paul-Schiller-Stiftung wie auch die Pro Senectute oder Obsan haben zu diesem Thema ausführliche Studien veröffentlicht. Die Ergebnisse dieser Studien zeigen u.a. auf, dass durch den Anstieg der älteren Bevölkerung bis 2050 jährlich schweizweit zusätzliche Kosten von bis zu CHF 4 Milliarden entstehen werden. Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang sind die sogenannten Betreuungskosten. Gemäss Pro Senectute gehören zu den Betreuungskosten bspw. Sport ausser Haus, Haushaltshilfe, Besuchs- & Begleitdienst, soziale Aktivitäten, Einkaufen usw.» Die Spitex bietet nicht für alle Bereiche Dienstleistungen an und wenn, müssen Sie vom Bezüger selbst finanziert werden. Bisher springen hier viele Freiwillige ein. Wie lange noch?

Es ist ein offenes Geheimnis, dass man als Ü70 in den Alterssiedlungen Sonnental und Kreuz als Genossenschafter/in praktisch keine Alterswohnung mehr bekommt. Danach gilt man offensichtlich als zu alt und die Kostenrechnung ist für die Heime scheinbar nicht mehr attraktiv genug. Gleichzeitig ist es als Ü70 beinahe unmöglich, auf dem freien Immobilienmarkt - sei es zur Miete als auch zum Kauf - eine Wohnung zu finden – dann ist man schlichtweg ebenfalls zu alt. Dies kann resp. führt bereits - nicht zuletzt auch aus monetären Gründen (Altersarmut, nicht Tragbarkeit der eigenen Wohnmöglichkeit etc.) - zu verfrühten und somit überbeuerten Heimeintritten. Im Zuge der geplanten Sanierungen von den städtischen Heimen Grund und Dietersrain ist zu überlegen, ob die aktuelle Zimmer-Strategie in 10 Jahren noch marktfähig ist. Umliegende Gemeinden oder Städte sind bereits am Bau von grossen Pflegezentren, welche für ältere Menschen alles unter einem Dach anbieten (Studios, Spitex, Restaurant usw.)

Kleiner Exkurs: Die Ergänzungsleistungen der Stadt Uster beliefen sich im Jahr 2020 auf Total CHF 10.3 Mio. Davon entfielen CHF 7.5 Mio. (73%) auf die 29 % der älteren Menschen in Alters- oder Pflegeheimen und im Gegenzug lediglich CHF 2.8 Mio. (27%) auf die rund 71 % derjenigen, welche in einer Wohnung leben. Dies würde die These und Strategie «Ambulant vor Stationär» stark stützen. Es ist für alle Beteiligten die beste und kostengünstigste Lösung. Alleine mit den geplanten Projekten wie «Wageren» oder «Atlas» kann das Bevorstehende im Bereich Leben im Alter in Uster nicht gemeistert werden. Als drittgrösste Stadt im Kanton Zürich darf auch Uster eine Vorreiterrolle in diesem Bereich spielen. Dies bedingt aber zumindest neue Infrastrukturen, Dienstleistungsangebote und ggf. das Eingehen von Kooperationen mit umliegenden Gemeinden.

Andrea Grob (FDP) begründet das Postulat: *Als erstes möchten wir uns beim Stadtrat dafür bedanken, dass er für eine Überweisung unseres Postulates einsteht. Wir denken, dass dadurch Weichen für die Zukunft gestellt werden können. Aber wieso ist das so wichtig?*

Die Gesellschaft hat sich stark verändert und tut es immer noch. Zukunftsvision ist: Selbst entscheiden können, in welcher Wohnform man alt werden will. Viele wünschen sich, möglichst lange in den eigenen vier Wänden wohnen zu können, andere ziehen eine generationenübergreifende Genossenschaft vor. Aus finanz- und sozialökonomischen Gründen ist es am sinnvollsten, den Eintritt in ein herkömmliches Alters- und/oder Pflegeheim möglichst lange hinauszuschieben. Dazu kommt, dass die Altersstrategie der Stadt Uster eindeutig vorsieht, eine ambulante Lösung zu priorisieren.

Die Paul-Schiller-Stiftung hat im September 2021 Studienergebnisse zu den Kosten und der Finanzierung für eine gute Betreuung im Alter in der Schweiz veröffentlicht. In dieser Studie wird erwähnt, dass im Jahr 2050 doppelt so viele über 80-jährige Menschen in der Schweiz leben werden als heute. Damit nimmt automatisch auch die Zahl der Menschen zu, welche Betreuung im Alter benötigen. Heute müssen Betreuungsdienstleistungen mehrheitlich selbst organisiert und finanziert werden. Bei einem durchschnittlichen Einkommen von ca. CHF 4'000 pro Rentnerpaar liegt das finanziell selten drin. Vermutlich können sich die wenigsten unter euch etwas unter «Betreuungsdienstleistungen» vorstellen. Deshalb erwähne ich gerne einige Beispiele dafür: Sport ausser Haus, Besuchs- und Begleitdienst, soziale Aktivitäten, Einkaufen usw. Zum heutigen Zeitpunkt übernehmen viele Freiwillige und Familienmitglieder einen Löwenanteil an dieser Unterstützung.

Aber wie sieht das in der Zukunft aus? Wie können wir sicherstellen, dass alle zufrieden sind, gern und gut daheim leben können und trotzdem die Kosten nicht explodieren?

Wie im Postulat bereits geschrieben, sind die Betreuungskosten für Menschen in Alters- und Pflegeheimen enorm viel höher als wenn diese Personen in ihrem Zuhause betreut leben könnten. Und diese Summen berappen in der Regel die Steuerzahlenden. Dazu kommt, dass die wenigsten Menschen in Alters- und Pflegeheimen glücklicher sind als zu Hause. Wie eingangs erwähnt, sollte jedem Menschen freigestellt sein, für welchen Weg er sich entscheidet. An dieser Stelle sei nochmals festgehalten, dass sich die Ergänzungsleistungen der Stadt Uster im Jahr 2020 auf total CHF 10.3 Millionen beliefen. Davon entfielen alleine 73% (!!!) auf die 29 % der Menschen, welche in Alters- oder Pflegeheimen leben.

Rund um Uster herum werden grössere Siedlungen – ja gar Zentren – gebaut, wo Wohnen für ältere Generationen inklusive Spitex und Restaurant im gleichen Gebäude vorhanden ist. Vielleicht wäre so etwas auch eine Lösung für Uster? Oder – noch effizienter – vielleicht können hier mit umliegenden Gemeinden Synergien gefunden werden? Deshalb: Prüfen Sie bitte alle möglichen Formen, damit das Leben im Alter möglichst lange selbstständig und kostengünstig für alle Beteiligten – also die Seniorinnen und Senioren, die Steuerzahlenden und die Stadt – möglich ist. Ebenfalls ist es uns wichtig, dass die Zimmer- und Angebotssituation in den städtischen Heimen Dietenrain und im Grund detailliert angeschaut wird. Welche Art Zimmer werden künftig nachgefragt und können sich die Zahlenden diese auch leisten? Wo brauchen wir welche Art von Heim und was muss in diesem angeboten werden? Gerade im Dietenrain stehen Sanierungsarbeiten im höheren, zweistelligen Millionen-Bereich bevor. Allenfalls müssen hier Anpassungen in Bezug auf das Angebot gemacht werden, wenn man sich an anderen Gemeinden orientiert oder aktuelle, fundierte Studien zur Hand nimmt.

Wir bitten Sie, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, unser Postulat «Ambulant vor Stationär» heute zu überweisen.

Präsident Jürg Krauer (FDP): Der Stadtrat ist zur Entgegennahme des Postulats bereit (Stadtratsbeschluss 304 vom 12. Juli 2022).

Für die Grüne-Fraktion referiert **Natalie Lengacher (Grüne):** *Wir Grünen unterstützen das Postulat und auch der Stadtrat ist bereit dieses entgegen zu nehmen. Eine erste Antwort hat der Stadtrat mit dem Projekt „Hilfe ins Haus holen – leicht gemacht“ bereits geliefert. Mit neun anderen Gemeinden der Schweiz nimmt Uster am Programm „Socius 2“ der Age-Stiftung teil. Das Ziel gleicht demjenigen des Postulats, nämlich älteren Menschen die Unterstützung zur Verfügung zu stellen, die sie brauchen, um möglichst lange selbstständig zuhause leben zu können.*

Es wurde bereits eine Bedarfserhebung durchgeführt und darauf aufbauend zusammen mit weiteren Ustermer Akteuren im Altersbereich zu fünf Schwerpunkten neun Massnahmen entwickelt. Die Stadt wird zudem auch die Unterstützungsbeiträge für Bezüger von Ergänzungsleistungen überprüfen. Dies dürfte im Interesse des Seniorates sein, der sich wünscht, dass die Stadt Uster in Zukunft auch gewisse Betreuungsleistungen finanziert.

Interessant ist auch, was die FDP in der Postulatsbegründung zum Thema Wohnen schreibt: Für über 70jährige Menschen sei es auf dem Immobilienmarkt nahezu unmöglich, eine Wohnung zu finden. Noch in der Gemeinderatsdiskussion zu unserer Motion „Preisgünstiger Wohnraum“ am 14. März 2022 hat die FDP-Fraktion den dringenden Handlungsbedarf verneint und betont, es sei ihr fern, den Investoren Vorschriften zu machen. Wir Grüne haben uns zur Umwandlung der Motion in ein Postulat bereit gezeigt, die FDP war jedoch nicht einmal zur Überweisung des Postulats bereit. Es gibt noch viel zu tun. Wir Grünen sind jedenfalls überzeugt, dass Uster auf gutem Wege ist und denken, dass die Altersstrategie „Ambulant vor Stationär“ mit diesem grossen Projekt weiter vorangetrieben wird.

Für die SP-Fraktion referiert **Ali Özcan (SP)**: *Mit einer aussagekräftigen Auslegeordnung für die mittel- und langfristige Planung und Umsetzung der Ustermer Altersstrategie ist die SP Uster ebenfalls einverstanden.*

Wir sehen jedoch eine einfache Auslegeordnung als sehr unzureichend an. Die Fakten der demographischen Wandlung unserer Gesellschaft gehen auch an Uster nicht spurlos vorbei.

In einer Studie der Paul-Schiller-Stiftung wird zusammengefasst, „dass in den kommenden Jahren der Bedarf an Betreuung, insbesondere an externer Betreuung, stark zunehmen wird. Allein schon auf Basis der demographischen Entwicklung sei klar, dass einerseits die absolute Zahl älterer Menschen steigt, sowie andererseits der Anteil jüngerer Menschen innerhalb der Familien sinke. Zudem gingen Frauen, die heute den grössten Teil der innerfamiliären Betreuungsarbeit leisten, zunehmend einer Erwerbstätigkeit nach und schliesslich führe die berufliche Mobilität dazu, dass Kinder, wenn sie erwerbstätig werden, häufig nicht mehr am Wohnort ihrer Eltern leben. Ferner nehme die Zahl an Einpersonenhaushalten laufend zu.

All diese Entwicklungen würden dazu führen, dass zunehmend Personen ausserhalb der Partnerschaft und Familie die Betreuung älterer Menschen leisten müssten. Diese zu erwartenden Entwicklungen werfen Fragen nach dem zusätzlichen Betreuungsbedarf, den Kosten und ihrer Finanzierung auf.“

Ältere Menschen wollen so lange wie möglich in ihrem sozialen Umfeld bleiben. Das ist auch gut so. Dies erfordert jedoch eine gesamtheitlich integrierte Versorgung, die über alle angebotenen Handlungsfelder geht.

Uns ist ebenso bewusst, dass sehr viele Regulierungen durch Bund und Kanton bereits da sind. Dies sollte Uster jedoch nicht daran hindern, alle Handlungsfelder der Spitex und der Heime für eine gute Betreuung älterer Menschen wirksam zu überprüfen, um langfristig zu weiterentwickeln.

Ohne auf weitere Details einzugehen: Es kommt ein grosser Mehraufwand auf unsere städtischen Einrichtungen hinsichtlich Infrastruktur, Dienstleistungen wie auch Betreuungskosten zu.

Deshalb, für schön klingende Konzepte haben wir schlicht und einfach keine Zeit. Es müssen weitere Tatsachen für die Ustermer Altersstrategie geschaffen werden.

Andrea Grob (FDP): *Dass über 70jährige Mühe haben, auf dem freien Markt eine Wohnung zu finden, steht nicht im Zusammenhang mit den Mietkosten, sondern mit dem Alter. Mit ü70 ist man quasi zu alt für Vermieter.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Silvio Foiera (EDU)**: *Die Prüfung des Anliegens: Operative Umsetzung der Altersstrategie «Ambulant vor Stationär» rennt beim Stadtrat offenbar offene Türen ein. Die SVP/EDU-Fraktion begrüsst den weitgehenden Erhalt der Autonomie soweit möglich, wie dies die Strategie vorsieht. Dies aus menschlich-sozialer Betrachtung, wie auch vor dem Effekt der Kostendämpfung, gegenüber Heimeintritten.*

Den demographischen Hintergrund sowie die Problematik werden ja bereits im Postulat entsprechend beleuchtet, so dass ich hier nicht länger ausschweifen möchte

Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats «Ambulant vor Stationär», dankt dem Stadtrat für die Bereitschaft zur Entgegennahme und erwartet mit Interesse die zu präsentierenden Lösungsvorschläge, Konzepte und Strategien.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:

- 1. Das Postulat 501/2022 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

12 Kenntnisnahmen

Rechtskraftbescheinigung

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 30. Mai 2022 sind beim Bezirksrat Uster bis 15. Juli 2022 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 11. Juli 2022 sind beim Bezirksrat Uster bis 26. August 2022 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Anfragen

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 505/2022 von Paul Stopper (BPU) vom 21. Juli 2022: Hauptsammelstelle (HS) Uster, Standorte „Dammstrasse“ und „Loren“
- 506/2022 von Natalie Lengacher (Grüne) vom 29. August 2022: „Wie kann die Zimikertrasse sicherer gemacht werden?“
- 507/2022 von Andreas Pauling (Grünliberale) und Ursula Räuftlin (Grünliberale) vom 29. August 2022: Management der Strommangellage

Grünliberale/EVP-Fraktion, Präsidium

Anstelle von Ivo Koller (Grünliberale) amtiert seit 5. September 2022 Andreas Pauling (Grünliberale) als Co-Präsident der Grünliberale/EVP-Fraktion, und zwar mit der bisherigen Co-Präsidentin Ursula Räuftlin (Grünliberale).

Beim Parlamentsdienst kann eingesehen werden:

- Verein Zürcher Gemeinde- und Verwaltungsfachleute (VZGV), Hg.: Kompetent in Behörde und Verwaltung. Wädenswil 2022. Der Ratsschreiber hat das Kapitel „Das 1x1 des Ratsbetriebs“ verfasst.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 26. September 2022 statt.

Für das Protokoll
14.9.2022

Der Ratsschreiber
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

15.9.2022

Der Präsident
Jürg Krauer